Für den vollständigen Sieg der Völker Indochinas!

Seite 5

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 16 vom 28. April 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Die Bourgeoisie will unser Verbot, wir kämpfen weiter, Deutschland wird rot!

Am 21.4. wird vom Düsseldorfer Polizeipräsidenten die Demonstration der KPD/ML gegen den griechischen Faschismus verboten, ebenso wie eine Reihe anderer Demonstrationen wenige Tage zuvor. Am selben Tage wird das Terrorurteil gegen den Genossen Heinz Baron in München bekannt gegeben, 16 Monate Kerker für antimilitaristische Gesinnung. Der Prozess gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust, bei dem es letztendlich um das Verbot der KPD/ML geht, soll in kürzester Frist am 29.5. durchgezogen werden. Die Büros der Liga gegen den Imperialismus und des Nationalen Vietnam-Komitees werden bei Hausdurchsuchungen von der Polizei auf den Kopf gestellt. Es wird verhaftet, eine Prozesslawine soll ins Rollen kommen. Eine ungeheure Hetzkampagne gegen kommunistische und fortschrittliche Menschen und Organisationen rollt über die Bundesrepublik. Blut muss fliessen! Alles verbieten! schreit es aus den Ministerien und Polizeipräsidien. Innenminister Weyer NRW erklärt, was bezweckt werden soll: 'Leider könne er nicht genug unternehmen, da die Frage die Landeskompetenzen überschreite. Aber wenn es nach ihm gänge, dann wären die revolutionären Organisationen bereits verboten. Allerdings wären die entsprechenden Schritte im Bundesmasstab bereits eingeleitet. Die Frage des Verbots der KPD/ML, der Partei der deutschen Arbeiterklasse, und anderer revolutionärer Organisationen steht schon lange im Terminkalender der Regierenden.

Warum will die Bourgeoisie gerade heute die KPD/ML verbieten, warum verschärft sie gerade jetzt derartig ihren Terror?

Es ist die Furcht der Bourgeoisie vor der heranwachsenden Arbeiterbewegung. Immer breitere Teile der deutschen Arbeiterklasse schliessen sich unter dem roten Banner des Kommunismus zusammen, das stellt die Signale für die Bourgeoisie auf Alarm. Die Entwicklung läuft in der Tendenz in Richtung Revolution, die Bourgeoisie sieht ihren Untergang heraufdämmern, sie schlägt um sich, wie ein verwundetes Tier, mit der Verschärfung des Terrors und politischen Verfolgungsmassnahmen mit ersten offen faschistischen Schritten versucht sie sich zu retten.

Das sind ihre Methoden:

Terror gegen die Arbeiterklasse; politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse usw.

Isolierung der Kommunisten und Revolutionäre in der Arbeiterklasse; sie werden diffamiert als Polit-Rocker, Terroristen, Zerstörer, Gewaltverbrecher, Chaoten. 'Kommunist' zieht heute nicht mehr als Verketzerung. Die werktätigen Massen erkennen, wer ihre Sache vertritt.

Die kommunistische Agitation und Propaganda soll verboten werden. Demonstrationsverbote Prozesse, wie jetzt gegen den Genossen Aust, als dem verantwortlichen Redakteur des Roten Morgen belegen dies deutlich.

Fortsetzung Seite 7



1.Mai-Demonstrationen und Veranstaltungen auf Seite 8

Breschnew, Kremlzar, deine Verbrechen werden die kämpfenden Völker rächen!

"Jetzt wird die Etappe des Weges vollendet, der Westdeutschland zur Partnerschaft mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten führt." Solche grosse Töne gibt heute ein Herr Breshnew anlässlich seines Besuches beim westdeutschen 'Friedens'-Imperialisten Brandt von sich.

Partnerschaft also, zwischen Sozialismus und Imperialismus, zwei Todfeinde sollen jetzt plötzlich freundschaftlich zusammenarbeiten. Aber so etwas kann es nicht geben, und so ist es auch nicht. Es handelt sich auch um eine Partnerschaft zwischen zwei Imperialisten. Nur dass die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen, ihr wahres Gesicht noch hinter der Maske des Sozialismus zu verstecken. Hier trifft ein altes deutsches Sprichwort voll zu, das sagt: "Zeig mir deine Freunde und ich sage dir, wer du bist."

Und er ist ein neuer Zar, dieser Herr Breschnew. Er zwingt die Völker unter seine Knute. Er kennt keine Skrupel, wenn es um die Interessen der sowjetischen Supermacht geht.

So hatte er den Daumen drauf, als West-Berlin als zweites Danzig an den BRD-Imperialismus verscheuert wurde. "Entspannungs- und Verständigungspolitik' nannte sich dies, und die Westberliner Bevölkerung zahlt dafür.

Früher blähte man West-Berlin-den Pfahl im Fleische der DDR, mit riesigen Subventionen aus der Tasche der westdeutschen werktätigen Bevölkerung, künstlich auf.

Heute, nachdem das politische Spiel gelaufen ist, hat man das nicht mehr nötig. Heute werden die Subventionen gestrichen. Die Industrie, die sich an diesen Subventionen fettgemästet hat, zieht ab. Idealisten waren die deutschen Industriekapitäne noch nie gewesen.

Westberlin ist nur noch interessant als Marktflecken für die Osthändler.

An die arbeitende Bevölkerung wird jetzt auch gedacht: Für besser vorsorglich baut Bürgermeister Neubauer heute seine Bereitschaftspolizei aus, damit man dafür gewappnet ist, wenn sich die arbeitende Bevölkerung wehrt.

So sehen die Resultate aus, wenn Imperialisten wie ein Breschnew und Brandt sich verständigen.

Für das Milliardengeschäft, um das russische Öl und Erdgas, an dem sich die westdeutschen Stahlkonzerne Thyssen, Rheinstahl Hoesch, Krupp und Mannesmann gesund stossen, werden an Saar und Ruhr die Zechen stillgelegt, die Kumpels auf die Strasse gesetzt. Russisches Erdgas und Öl erfüllen denselben Zweck wie Kohle und bringen noch grössere Profite. Aussöhnung und Zusammenarbeit vom Imperialisten wird von der Arbeiterklasse, von den Völkern bezahlt.

So wurde auf Drängen der BRD-Imperialisten und auf Kommando des Herrn Breschnew auch die Aussöh-

Fortsetzung auf Seite 2

Streiks in Frankreich
Zieht ein neuer Mai herauf?

Der Streik der Renault-Arbeiter, der am 21.2. in Paris begann, weitet sich aus. 30 000 Renault-Arbeiter sind seit dem 17.4. im Streik. Auch bei Peugeot, in Eisen- und Stahlbetrieben und in Textilfabriken haben die Beschäftigten die Arbeit niedergelegt. Am 16.4. besetzten Arbeiter des Renault-Werkes in Sandouville die Zentrale, die das Werk mit Druckluft und Warmwasser versorgt.

Die Arbeiter fordern die Angleichung an die Bezahlung der Angestellten, bessere Arbeits- und Urlaubsbedingungen. In vielen Betrieben ist die Forderung nach der Auflösung der Unternehmermiliz aufgestellt worden. Obwohl die reaktionären Führer der CGT immer wieder betonen, dass von einem zweiten Mai 68 keine Rede sein kann, müssen sie doch zugeben, dass fast überall die Arbeiter gegen das Kapital und auch gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer kämpfen.

Die KPF, die revisionistische Partei Frankreichs, hat inzwischen die Regierung aufgefordert, sofort in den Konflikt einzugreifen. Für sie ist der Streik im staatlichen Renault-Werk ein harter Schlag gegen die Theorie von der 'Verstaatlichung zum Wohl der Arbeiterklasse'. Denn mit ihrem Protest gegen die Ausbeuter von Renault haben die Arbeiter klargestellt, dass sie auch das Aushängeschild des bürgerlichen Staates am Fabriktor nicht davon abhält, den Kampf Klasse gegen Klasse zu führen.

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT:

Breschnew....

Fortsetzung von Seite 1

Fortsetzung von Seite 1

nung mit Polen gefeiert. Dabei wurden die nationalen Interessen Polens, die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze durch die Bundesregierung verkauft, für eine 'gute' wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Bonn.

Wem diese Zusammenarbeit nützt, und wem sie schadet, dafür spricht ein Zitat aus der FAZ vom 6.8.70 für sich selbst: "Es wird fur möglich gehalten, dass die Bundesrepublik Polen komplette Fabriken liefert, die als Zubringer für die deutsche Wirtschaft produzieren würden; diese Fabriken könnten dann mit ihrer eigenen Arbeit, für ihre Einrichtung bezahlen: deutsche Fabriken gegen polnische Arbeitsleistung." **Man sieht, Aussöhnung wird gesagt, aber Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung, anderer Völker wird gemeint. Das ist die Politik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit eines Breshnew und Brandt.**

Gerade heute wird die CSSR zum neuen Opfer Bonn-Moskauer Politik. Nachdem noch bis vor kurzem der Überfall der Sozialimperialisten auf die CSSR, diese gewaltsame Annektionspolitik der neuen Zaren, als eine Art Schutzbesetzung vor den aggressionslüsternen westdeutschen Revanchisten getarnt worden war, scheint Herr Breshnew in dieser Frage einen völligen Sinneswandel vollzogen zu haben. Heute verkauft dieser CSSR-'Heimatschützer' von einst, ohne mit der Wimper zu zucken, die Interessen der CSSR an seine revanchistischen Bonner Partner. **Die CSSR wurde von Breshnew dazu erpreßt, von ihrem berechtigten Standpunkt bezüglich des Münchner Abkommens abzugehen. Die Formulierung: "Das Münchner Abkommen ist ungültig von Anfang an" wurde vom Tisch gewischt und durch die Bonner Formulierung 'ungültig' ersetzt. Das heißt, daß die Resultate, die auf Grundlage dieses Abkommens unter den Hitlerfaschisten zustandegekommen sind, für die bundesdeutschen Revanchisten bis heute in Kraft bleiben.**

Und so geht es weiter im Geiste eines sogenannten proletarischen Internationalismus der SU. Um die Geschäfte mit Bonn unter Dach und Fach zu bringen, haben die Kremlherrn ihr Knechtgesinde in der DDR-Führungsspitze um Ulbricht und Honnecker genötigt, die eigenen Interessen, die Souveränität des Staates DDR, völlig aufzugeben. Die blühende Maschinenbauindustrie der DDR, mit der die DDR an der Weltspitze rangierte, wurde praktisch von den Zaren einkassiert. Dafür wird die DDR-Wirtschaft heute abhängig gemacht von russischem Öl. **Das ist der Wirtschaftsinternationalismus, den die Sowjetherren betreiben, Diebstahl am Eigentum anderer Staaten.**

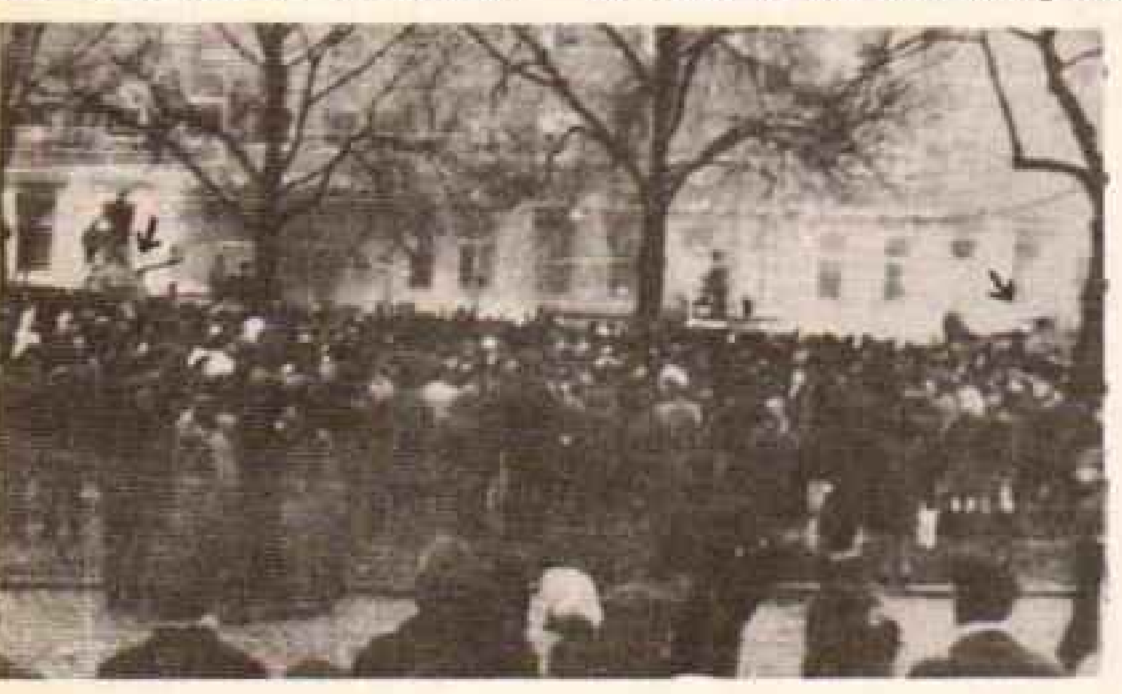
Und genau auf dieselbe Weise wird die Souveränität der DDR mit Füssen getreten. Der Anspruch der DDR auf die Anerkennung ihrer staatlichen Souveränität musste auf Druck der Kremlzaren aufgegeben werden, und schon lief das Geschäft mit dem Bonner Revanchistenstaat.

Und dieser Kremlzar Breshnew, der überall die Interessen der Völker und der arbeitenden Menschen mit Füssen tritt, kommt nach Bonn, um mit seinem Kumpanen Brandt weitere Geschäfte der bereits aufgeführten Art vorzubereiten.

Dieser Breshnew wird hierzulande von einer Partei, die sich kommunistisch nennt, der D'K'P, in den Himmel gehoben. Er wird gefeiert als Friedensbringer. Ganz deutlich zeigt sich, dass die Bachmanns und Reimann sich wie Schmarotzer an Ihren Oberprediger Breshnew hängen, als die kleinen, verhinderten Imperialisten.

Für alle Kommunisten, revolutionäre und fortschrittlichen Menschen ist aber klar: Dem neuen russischen Despoten muss ein würdiger Empfang erteilt werden. Thieu, Schah und Konsorten, das waren Marionetten der Weltmachtstrategen, der Supermächte. Herr Breshnew, das ist einer der obersten Drahtzieher persönlich. Ihn muß der volle Haß der antiimperialistischen Kämpfer in der Bundesrepublik treffen.

Nieder mit Breshnew, dem neuen Kremlzar!



Dezember-Revolte der polnischen Arbeiter, 1970:

Die Bilder erhielten Genossen beim RM-Verkauf vor einem westdeutschen Chemiebetrieb von einem polnischen Laboranten.

Bild 1: Eine empörte Menschenmenge hat das oberste Revisionistengebäude in Szczecin in Brand gesteckt. Der Kollege war selbst dabei und erzählte, die dicken Teppiche und feudalen Sessel hätten sehr gut gebrannt. Genau an dieser Stelle wurden zahlreiche Arbeiter und Demonstranten von Panzern der Gomulka-Giereck-Clique erschossen. Drei der Panzer sind auf dem Bild zu sehen.

Das Fotografieren war lebensgefährlich. Die Demonstranten hielten jeden für einen Polizeispitzel, die Polizeispitzel hielten die Fotografen für Journalisten, die die Arbeitermorde an die Öffentlichkeit bringen wollten. Der junge Kollege machte daher die Aufnahmen durch die Ritzen eines verfallenen Gebäudes.

2 Brüder des Kollegen waren an den blutigen Unruhen beteiligt. Der eine, ein Hafenarbeiter, als Demonstrant, der andere als Wehrpflichtiger war gezwungen, auf die Hafenarbeiter zu schießen.

Bild 2: Arbeiterdemonstration am 1.Mai in Szczecin. Einige Arbeiter tragen Trauerbinden. Auf dem Transparent steht: ZADAMY UKARANIA WINNYCH ZBRODNI GRUDNIOWYCH – Wir fordern die Bestrafung der Schuldigen für die Dezember-Verbrechen! Die sind bis heute, auch unter Giereck, nicht bestraft worden, sagte der Kollege.



Verbot für kommunistische Gewerkschaftsarbeit

"Mitglieder der IG Metall, die sich an anderen gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten beteiligen, oder sie unterstützen, müssen mit dem Ausschluss rechnen." So lautet der Beschluss der IGM-Bonzen. Als Gewerkschaftsfeinde wurden genannt: Die KPD/ML, die KPD/AO, die sogenannten Arbeiterbasisgruppen, der Kommunistische Bund, der Kommunistische Arbeiterbund und die Kommunistische Arbeiterpresse. In besonderem Masse sei unvereinbar die Mitgliedschaft in einer radikalen gewerkschaftsoppositionellen Organisation.

Herr Loderer und Co haben jetzt für die gesamte IGM bindend festgelegt, was bisher schon in einzelnen Ortsgruppen Praxis war. Schon oft, wenn ein aufrechter Arbeitervertreter auftrat, wenn er sich nicht bestechen liess, wurde er aus der Gewerkschaft gefeuert. Das nennt sich die innergewerkschaftliche Demokratie im DGB.

Macht einer nicht mit bei den Betrugsmanövern der feinen Herren an der Gewerkschaftsspitze, setzt er sich zur Wehr, organisiert er sich dagegen, kämpft er für die Gewerkschaft, als einer Organisation der Arbeiter, des Klassenkampfes gegen das Kapital, dann ist er für die Bonzen ein Gewerkschaftsfeind.

Wer ist denn hier der Gewerkschaftsfeind? Das sind doch die, die die Gewerkschaften zu kapitalistischen Unternehmungen umwandeln wollen, die sich in den Aufsichtsratssesseln der Monopole räkeln. Herr Loderer und Co, ihr seid doch heute selbst Kapitalisten! Ihr habt in einer Arbeiterorganisation nichts verloren! Wenn man nach Gewerkschaftsfeinden sucht, dann seid es ihr.

Dass diese Herren aus der Gewerkschaftsspitze die Kommunisten und die aktiv kämpfenden Arbeiter gern aus 'ihrer Gewerkschaft' raus haben würden, kann man nur zu gut verstehen. Diese Herren haben Angst, dass solche, wahren Gewerkschafter und Arbeitervertreter es eines Tages erreichen, dass die Gewerkschaftsoberen isoliert von ihren Mitgliedern dastehen, und sie so ihren fetten Gewerkschaftsposten verlieren.

Denn wenn die Arbeiter die Betrugsmanöver der Gewerkschaftsbosse durchschauen, dann ist Schluss mit der Abwiegelei im Dienste des Kapitals.

Vielen Gewerkschaftsmitgliedern ist heute schon klar, dass der heutige Bonzenapparat für den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse nicht zu gebrauchen ist. Die Ausschlussmaschinerie, wie sie gerade jetzt von der IGM-Führung weiter gefestigt worden ist, zeigt, dass dieser Apparat ein Apparat der Bonzendiktatur, der Gängelung der Mitglieder im Sinne des Kapitals ist. Dieser Apparat lässt sich nicht mehr abwählen oder verändern, dieser Apparat muss weg.

Aus der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung in den Mitgliedsmassen des DGB entsteht schon heute ein eigener neuer und demokratischer Apparat, als Grundstein für eine revolutionäre Gewerkschaft, eine Gewerkschaft des unversöhnlichen Klassenkampfes gegen das Kapital.

Dass Kommunisten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, das ist eine alte Tatsache, das hat die Gewerkschaftsführung schon in den 50-iger Jahren beschlossen. So ist es heute nur eine Neuauflage dieses alten Beschlusses, wenn man auch jetzt Kommunisten als 'Chaoten' diffamiert. Das ist die grosse Neuerung an diesem Beschluss::Man trennt fein säuberlich zwischen tatsächlichen Kommunisten, und solchen, die sich nur als solche bezeichnen, wie die D'K'P. Denn ausser in ihrem Namen ist an der D'K'P nichts kommunistisches mehr zu finden. Herr Loderer und Kumpane wären ja dumm, wenn sie sich das 'linke' Bein abhacken würden, das ihren Bonzenapparat so treu und redlich stützt und verteidigt.

Unsere Waffe: ROTER MORGEN!

Eine Genossin berichtet:

Einen Tag vor dem Thieu-Besuch in Bonn stand ich vor einem Werkstor von Thyssen in Dortmund, um Kollegen für die Demonstration zu gewinnen. Nachdem ich am Nachmittag unsere Flugblätter verteilt und auch sechs ROTE MORGEN verkauft hatte, ging ich am Abend mit einem Plakat vors Tor, auf dem noch einmal die Orte der Demonstration bekannt gegeben wurden.

Der Pförtner stand schon mit den 50-Pfennigen bereit und kaufte wie jede Woche. Gegen 22 Uhr kamen nun die Arbeiter aus dem werk. Ein Kollege rief schon von weitem: "Der ROTE MORGEN, garantiert unabhängig vom Kapital, nicht finanziert durch Anzeigen."

"Ihr redet ja nur," sagte der Pförtner, "ich kaufe mir die Zeitung jede Woche. Dabei hob er den RM hoch. Daraufhin kramten die Kollegen, die bereits in der Frühe gekauft hatten, ihre RMs aus der Tasche. Einer meinte: "Was Du hast haben wir schon lange."

Bürgerliche Demokratie - kapitalistische Klassendiktatur

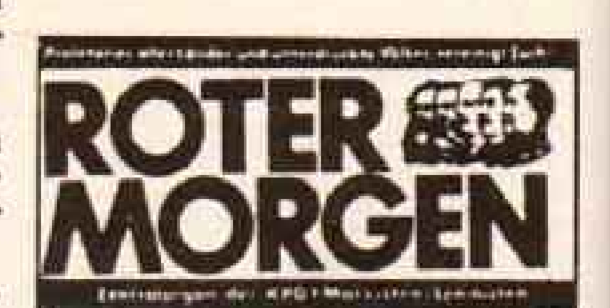
Unter der Regierung Adenauer – und unter tatkräftiger Mitwirkung des damaligen Bundesinnenministers Heinemann, heute Bundespräsident, wurde im Jahre 1950 ein Beschluss erwirkt, der besagt: Dass in den öffentlichen Dienst, den staatlichen Verwaltungs- und Beamtenapparat, nur derjenige Zutritt haben solle, der sich verpflichtet hat, Zeit seines Lebens dem Kapitalismus in der BRD, mitsamt seiner Verfassung und seinen Grundgesetzen treu und ergeben zu dienen.

Der aufgeblähte Moloch des westdeutschen Beamtenapparates braucht Leute, denen ihr Büroschlaf, ihr persönliches Behagen über alles geht, die deshalb auch bereit sind, für dieses persönliche Behagen sich an allen erdenklichen Untaten zu beteiligen. Viele haben sich so tatsächlich mit Haut und Haar an diesen kapitalistischen Staat verkauft. Darum setzen sie alles daran, um diesen bestehenden Staat zu erhalten und mit ihm das System. Das reicht von den Richtern und Staatsanwälten der bürgerlichen Klassenjustiz bis zur Knüppelgarde der Polizei. Das hat, wie es die Geschichte beweist, bis hin zum Schreibtischmörder während des Faschismus geführt.

Und diese Staatsmaschinerie braucht die Bourgeoisie, sie ist Teil ihres Unterdrückungsapparates gegen die Arbeiterklasse.

Deshalb gibt es den Extremistenerlass, um ja keine falschen Elemente in diesen staatlichen Machtapparat eindringen zu lassen. Deshalb wird alles, was klassenkämpferisch, oder gar kommunistisch ist, aus diesem Staat entfernt, bis hin zum einfachen Volksschullehrer. So 'demokratisch' ist dieser Staat'.

Jetzt soll sich hier eine Änderung ergeben. Man hat festgestellt, dass dieser Beschluss oft völlig zu Unrecht gegen die D'K'P angewandt wird. Das aber, so hat der SPD-Parteitag festgestellt, ist falsch. Hände weg von der D'K'P, wird gefordert. Denn diese Partei ist ja gar nicht kommunistisch, wie sie sich nennt. Sie ist unserem System treu ergeben und staatserhaltend. Nur noch jene sollen heute 'enttarnt' werden, die diesem Staat mit Gewalt ans Genick wollen. Also die Kommunisten, also auch die aufrechten kommunistischen Kämpfer, die sich heute noch in den Reihen der D'K'P befinden. Die Zulassung der Revisionisten für den Staatsdienst, das ist die erste Prämie für die treuen Dienste der modernen Revisionisten, von Seiten der Bourgeoisie. Dies entlarvt aber auch gleichzeitig den wahren Charakter der D'K'P, zeigt, auf welcher Seite sie steht.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).

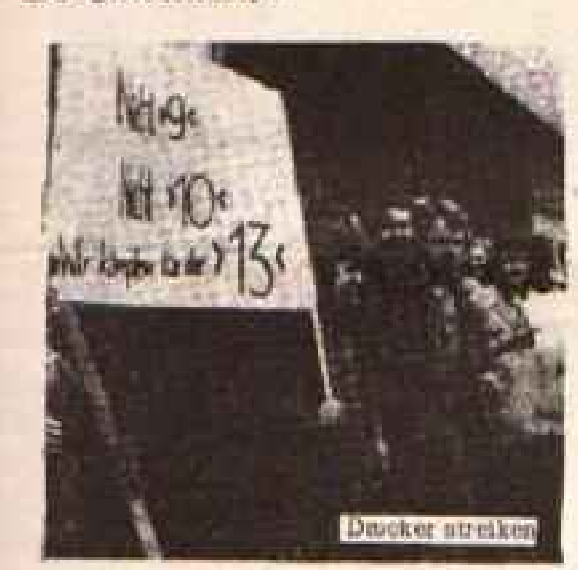
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Die Arbeiterklasse liest Korrektur!

Die Pressefreiheit ist bedroht. Dieser einstimmige Aufschrei ging durch den gesamten bürgerlichen Pressedschungel. Was war passiert? Wenige Tage vor dem Streik waren in 5 Zeitungen Nordrhein-Westfalens verschiedene Artikel und Anzeigen nicht erschienen: Grund: Die Drukker hatten sie entfernt. Warum? Weil die Verleger und Chefredakteure Hetzartikel gegen die kämpfenden Druckarbeiter schrieben. Das liessen sich die Drucker nicht bieten. Wer dreht sich denn schon selbst den Strick?

Jahraus, jahrein benutzt doch die Handvoll steinreicher Verleger ihr Meinungsmonopol dazu, die Bevölkerung in ihrem Sinne zu informieren. Nun durften sie einmal erkennen, wie es ist, wenn die Druck ausüben, die auch tatsächlich die Druckarbeit tagtäglich machen. Das war ein Anschauungsunterricht in proletarischer Demokratie. Hier hat die Vielzahl der Kollegen diktiert, was reinkommt und was nicht, und nicht der Verleger oder der Chefredakteur. Da hilft kein Geschrei über den Untergang der Pressefreiheit. Mit der Pressefreiheit ist das so wie mit der Demokratie! Was für den Kapitalisten die Freiheit ist, das ist für den Arbeiter die Unfreiheit.



Drucker streiken

CHEMIE: Nieder mit der Schlichtung - Klassenkampf!

Am 19.4.73 lobte das Handelsblatt, das Organ der Kapitalisten, die IG Chemie-Führer: "...Immerhin verfügen die Tarifpartner in dieser Branche über ein Schlichtungsverfahren, das, wie die Auseinandersetzung in Nordrhein beweist, alle Möglichkeiten der Vermeidung von Arbeitskämpfen ausschöpft und auch bei den übrigen regionalen Verhandlungen funktionieren dürfte." (Handelsblatt vom 19.4.73).

Die Zeitung lag den Kapitalisten gerade am Frühstückstisch, als bei BASF, bei Kalle, bei Michelin, bei Grünzweig und Hartmann und anderen Chemiebetrieben die Arbeiter in den Streik traten.

Es gibt eben kein sicheres Mittel, um der Arbeiterklasse die Hände zu binden. Auch die Zwangsschlichtung in der Chemie erweist sich letztendlich als Bumerang.

Die Gewerkschaftsführer wissen, wie gross die Empörung der Chemiearbeiter ist. So Schweitzer am Tag des Streiks, an dem gleichzeitig die erste Runde der Landesschlichtung in Rheinland-Pfalz lief: In der chemischen Industrie stünden die Zeiger auf 5 vor 12.

Allerdings. Und auch die Gewerkschaftsführer werden sie nicht aufhalten können.

"Die Vertrauensleute stärken" — so hatten sie am Anfang geschrien, um 'Unruhen' in der Tarifrunde zu vermeiden. Der Rote Morgen hat schon damals, als die neuen Tarifrichtlinien der IG Chemie-Führer herauskamen, geschrieben, dass sich hinter diesem Demokratiegerede nichts anderes verbirgt als ein Ausbau der Diktatur der Bonzen.

Und so war es auch. Bei Hoechst zum Beispiel wurden die Forderungen nicht von den Vertrauensleuten aufgestellt, sondern von einem Ausschuss von Fabians, Bezirksleiters Gnaden. 12% war hier die Forderung, 150 DM dagegen forderten zum Beispiel die Kollegen von Schering in Westberlin.

In Darmstadt forderte die Ortsversammlung die Einberufung einer Bezirkskonferenz der Vertrauensleute, um so die Forderungen von unten beschliessen zu können. Auch das lehnten die Bonzen ab.

Klassenkämpferische Vertrauensleute wollen eben die Bonzen nicht gestärkt, sondern entweder geduckt oder ausgeschlossen haben.

War es also schon bei der Aufstellung der Forderungen nichts mit der Demokratie, so wird den Bonzen jetzt erst recht jedes Mittel recht sein, um Streiks zu verhindern. Sie werden vor allen Dingen versuchen, dann, wenn es zu Streiks kommt, die Streikleitung zu einem U-Boot der Unternehmer in der Arbeiterschaft zu machen.

Darum, Kollegen, Streik ist eure Waffe im Kampf gegen das Kapital. Sie darf nicht in den falschen Händen liegen. Sie muss von euch selbst bestimmt werden, nicht von den Bonzen!



Warnstreiks bei BASF

Am Freitag war es so weit...

"Die ganze Woche wurde im Betrieb diskutiert — streiken wir diesmal oder nicht. Am Freitag, dem 6.4., war es dann soweit: 6000 Kollegen traten zum ersten Mal seit 50 Jahren wieder in den Streik.

In der Werksküche I, dem Roten Ochsen und dem Blauen Bock, wurde der Entschluss gefasst: Nach dem Essen begann der Warnstreik. Aus der Werksküche zogen die Kollegen vor das Tor 3, das sie fast eine Stunde lang blockierten.

Parolen tauchten auf: "Timm, wir machen dir jetzt Dampf, 12% sonst Arbeitskampf!"

Auch die Lehrlinge waren kampfbereit. **Da schlossen die Kapitalisten einfach sämtliche Türen der zentralen Lehrwerkstätte ab. Als die Kollegen in der Werksküche I davon erfuhren, war der Teufel los.** Sie waren gerade dabei, die Lehrlinge rauszuholen, als Otto Zimpelmann, Betriebsrat und Bundestagskandidat der D'K'P, auftauchte und erklärte: Jetzt wird verhandelt.

Um 15 Uhr dann war Werksversammlung. Jetzt waren auch schon Bauer und Ries, Betriebsratsvorsitzender und Stellvertreter, herbeigeeilt. Beide sind gleichzeitig Mitglieder der Grossen Tarifkommission. Voller Angst vor einer Ausweitung des Streiks riefen sie die Kollegen auf, ja die Friedenspflicht zu wahren und auf die Gewerkschaftsführer zu vertrauen.

Auch die BASF-Bosse reagierten prompt und hart. Um 16.30 Uhr am Ende der Normalschicht, lag an allen Toren ihr Blättchen 'BASF aktuell' aus. Darin drohten sie, der Streik sei illegal, er verstosse gegen die Friedenspflicht. Darum müssten die Kollegen mit Nichtbezahlung der Streikschichten und anderen Massnahmen rechnen.

Doch am Montag nahmen sie alle Drohungen zurück und sicherten die Bezahlung der Streikzeit zu. Denn am Vormittag hatte eine Versammlung von 1000 Vertrauensleuten stattgefunden, die den Streik unterstützte.

Dieser Warnstreik vom Freitag ist erst der Anfang. Ein älterer Arbeiter sagte: "Für das nächste Mal steht schon fest: Wir ziehen durch das ganze Werk."

Am 12.4. fand die erste von 3 Jugendbetriebsversammlungen statt. 300 Lehrlinge haben dort einstimmig beschlossen, beim nächsten Streik trotz Streikverbot mitzustreiken."

KLASSE GEGEN KLASSE



10 LEHRLINGE BEI MERCK ENTLASSEN!

Seit dem Streik der Chemiearbeiter 1971 häufen sich bei Merck in Darmstadt die Entlassungen von fortschrittlichen Kollegen. 1971 bekamen 18 Lehrlinge nach Beendigung der Lehre keinen Lehrvertrag. Alle 18 waren aktiv beim Streik beteiligt. 1972 waren es 6 und 1973 sind es wieder 10 Lehrlinge, darunter ein Jugendvertreter, die auf die Strasse gesetzt wurden. Gegen diese Entlassungen fand am 18.4. in Darmstadt eine Solidaritätskundgebung statt.

KREUZBERG LEHRLINGSSTREIK BEI MICHELIN

30 Lehrlinge traten am 13.4. in den Streik. Sie protestierten gegen die schikanösen Ausbildungsmethoden und forderten die Absetzung ihres Ausbilders.

BELGIEN: STREIK DER HAFENARBEITER

Mitte April traten die belgischen Hafenarbeiter in Gent und in Antwerpen in den Streik. Vergeblich hatten die Gewerkschaftsbonzen versucht, den Kampf abzuwiegeln. Die Arbeiter stellten Streikposten gegen die eingesetzten Streikbrecher auf. Aus Angst vor einer wachsenden Ausweitung des Streiks hat der Bürgermeister von Antwerpen, der gleichzeitig Polizeichef ist, jeden 'Auflauf' von mehr als 5 Personen verboten.

ENGLAND: STREIKS IN DER METALLINDUSTRIE

In England streiken die Arbeiter der Zuliefererbetriebe für die Automobilindustrie. Dadurch stockt auch die Produktion bei den Automobilfirmen, zum Beispiel British Leyland, erheblich. Auch die Produktion und Montage der Traktorenfirmen liegt still. Der Streik der Krankenhausbelegschaften geht weiter. Gleichzeitig ist ein Streik der 112 000 Bergarbeiter gegen das Antistreikgesetz angekündigt.

ITALIEN: STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Am 16.4. traten die italienischen Postbeamten in einen einwöchigen Streik. Gleichzeitig begann ein viertägiger Streik bei den italienischen Staatsbahnen. Am 18.4. streikten die Assistenzärzte.

SÜDAFRIKA: STREIKS GEGEN RASSENDISKRIMINIERUNG UND NIEDRIGE LÖHNE

Nach einem einwöchigen Streik von 300 afrikanischen Arbeitern in einem Aluminium Werk Nod-Natals legten am 2.4. 800 Bauarbeiter eines Hafenprojekts die Arbeit nieder. Die Polizei ging mit Tränengas und Knüppeln vor, aber die Arbeiter setzten den Streik trotz des brutalen Polizeieinsatzes fort. In Johannesburg, dem grössten Industriezentrum Südafrikas traten am 2.4. rund 1000 Textilarbeiter in den Streik. In Alberton legten am 2.4. rund 250 afrikanische Eisenbahnarbeiter die Arbeit nieder. Am 4.4. streikten die Arbeiter von insgesamt drei Textilfabriken in Johannesburg. (Hsinhua-Nachrichten)

HOLLAND: TEILSTREIKS GEHEN WEITER

Die im Februar begonnenen Teilstreiks in den Metallbetrieben Hollands gehen weiter. Betroffen sind rund 60 Betriebe. Bei den Molkereien soll es Ende April zu Streiks kommen.



1972

Chemiearbeiter von BASF-Tochter Phrix streiken gegen Stillegung.

"Eine hinterhältige Niederlage"

"75 000 DM zahlt die IG Chemie freiwillig für den Merck-Streik 71, weil am Tag nach dem Schlichtungsverrat in Bonn noch gestreikt wurde und weil während dem Streik eingeschleuste Streikbrecher von den Mercksern nicht in den Betrieb gelassen wurden.

Die Führer der IG Chemie sind bereit, 75 000 DM für die Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaftspolitik mit dem Kapital zu zahlen. Denn diese Zahlung ist nicht nur eine Unverschämtheit (mit unserem Geld wird sie bezahlt), nein, sie hat auch noch einen anderen Zweck.

Wenn es wieder zu einem Streik kommt, dann wird es heissen: "Halt, Kollegen, das dürft ihr nicht machen, sonst müssen wir wieder zahlen." Und dann müssen wir die Streikbrecher wieder reinlassen, und dürfen auch keine Streikbrecher behindern, damit die ja schön den Streik sabotieren können!!!

Und wenn wir das trotzdem machen, dann gibt es von den Gewerkschaftsführern weder Geld noch Rechtshilfe.

Dieser Vergleich kam den Gewerkschaftsführern sehr gelegen. Das war genau das, was sie für ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Unternehmern brauchen.

Den Beweis für diese Behauptungen haben sie selbst geliefert. Sie haben ausdrücklich darauf verzichtet, eine höhere Gerichtsinstanz anzurufen. Denn was wäre, wenn sie per Zufall Recht bekommen hätten?

Dann wäre ihnen ja ein gutes Druckmittel durch die Lappen gegangen. Und wenn sie nicht Recht bekommen hätten? Dann hätten sie uns Arbeitern sagen müssen: Seht ihr, dieser Staat ist ein Kapitalistenstaat, das ist unser ärgster Gegner.

Meint ihr, Kollegen, die hätten sich das getraut?

Der 'friedliche' Vergleich hat sie aus dieser Zwickmühle befreit. Glauben sie..."

1500 Stimmen fehlen noch!

KAMPF GEGEN REAKTIONÄREN OPEL-BETRIEBSRAT GEHT WEITER!

3500 Unterschriften sind inzwischen bei Opel gesammelt. 3500 Stimmen für den klassenkämpferischen Kollegen Wischnewski – 3500 Stimmen gegen die reaktionären Opel-Betriebsräte die Wischnewski feuerten, um ihre eigenen dunklen Geschäfte zu vertuschen.

Von zahlreichen gewerkschaftsoppositionellen Kollegen wurden Perschke und Konsorten auf den beiden Betriebsversammlungen vor einigen Wochen angegriffen. Ihre Verteidigung war mehr als mager. So führten sie als Beweis für die Rechtmässigkeit der überdurchschnittlichen Punkteinstufung der Betriebsräte den CDU-Mann Beitzke als 'Spezialisten' ins Feld. Pech war nur, dass sich herausstellte,dass Beitzke noch nie bei Opel gearbeitet hat, sondern von Anfang an im Betriebsrat 'Spezialist' für Kollegenverrat war.

Da halfen auch keine Beteuerungen Perschkes mehr, Die Anschuldigungen zu überprüfen. Wie sehr er bereits bei den Kollegen abgewirtschaftet hat, zeigt zum Beispiel, dass ein V-Mann bei den Wahlen, der offen für Perschke Partei nahm, ganze zwei Stimmen bekam – mitsamt seiner eigenen.

SAG MIR, WER DEINE FREUNDE SIND...

So sehr die Arbeiter gegen Perschke Stellung beziehen, so sehr wird er von der Seite der Kapitalisten gelobt, So von Peter Böenisch z.B., dem Berufshetzer von Bild: Böenisch: "Ein Glück, dass es solche Genossen gibt." Perschke wird gepriesen als der wahre Sozialdemokrat, als der Kämpfer gegen den 'Radikalismus'.

Dieses Abwirtschaften Perschkes ist ein Erfolg der gewerkschaftsoppositionellen Arbeit bei Opel, Jetzt gilt es für unsere Genossen und die Kollegen der Gewerkschafts-Opposition einen klaren Kampf gegen die modernen Revisionisten von der D'K'P zu führen, die sich heute als 'bessere Perschkes' anbieten.



Opel-Streik 1971: Kollegen marschieren zum IGM-Haus

Kollege Lara gewinnt gegen Opel-Bosse

Im Herbst letzten Jahres war dem spanischen Arbeiter Lara von den Opel-Bossen fristlos gekündigt worden. 33 der Betriebsräte stimmten zu. Sie wollten Lara loswerden, weil er sich als Ersatzbetriebsrat entschlossen für die Interessen der spanischen Arbeiter einsetzte. (siehe auch **RM** Nr. 20/72)

Kollege Lara klagte gegen die Kündigung beim Arbeitsgericht. Am 2.4. fand der Prozess im überfüllten Saal statt. Opel hatte als Zeugen sechs Betriebsratsmitglieder aufgefahren. Ihre Argumente gegen Lara?

Adamek, Betriebsrat: Lara hätte sogar einmal bei Schichtwechsel die Kollegen der Gegenschicht aufgefordert, eine bestimmte Arbeit, die sie zusätzlich übernehmen sollten, nicht zu machen.! Wer sich gegen zusätzliche Arbeit wehrt, ist also in den Augen dieses Betriebsrats schon ein Aufwiegler.

Wie diese Betriebsräte ihre Aufgaben sehen, wie sie zu den ausländischen Arbeitern bei Opel stehen, sagten sie auch:

Wieder Adamek: getrennte Betriebsversammlungen für deutsche und ausländische Arbeiter werden deshalb gemacht, weil 'Spanier und Deutsche nicht die gleichen Interessen haben.' Und: 'Wir machen die Betriebsversammlungen für die Spanier überhaupt nur, weil es das Gesetz vorschreibt.'

Aber alle Diffamierungen, Untertänigkeitsbezeugungen für das Kapital nützten diesmal nichts. Die Widersprüche, in die sich die Betriebsräte verwickelten, waren so gross, dass das Gericht gezwungen war, gegen die Opel-Bosse zu entscheiden. Kollege Lara gewann den Prozess. Opel muss wegen der fristlosen Entlassung eine Entschädigung zahlen.

Der Kampf aber geht weiter. Lara muss wiedereingestellt werden.

Renault-Streik...

Fortsetzung von S. 1



In welcher Richtung die Regierung in den Streik eingreifen wird, wenn sie den Bitten der Revisionisten folgt, hat sich jetzt schon bei den Kämpfen der Studenten gezeigt. Nämlich als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie!

Über die Universitäten ist praktisch der Ausnahmezustand verhängt worden. Sie dürfen nur noch von eingeschriebenen Studenten betreten werden. Jeder fehlende Student muss sofort dem Erziehungsminister gemeldet werden. Bei Agitation für den Streik haben die Rektoren das Recht, die Universitäten sofort zu schliessen.

Aber Arbeiter und Studenten haben bekräftigt, dass sie weiterkämpfen werden. Die verbotene marxistisch-leninistische Partei Frankreichs, die KPF/ML, unterstützt ihren Kampf nach Kräften.



Solidarität mit gewerkschaftsoppositionellen Kollegen!

Arbeitsgerichtsprozeß des Kollegen Börder gegen Buderus

"Wie noch alle Kollegen wissen, wurden 2 Kollegen Anfang Dezember aus politischen Gründen entlassen. Zuletzt hatten sie sich besonders aktiv für eine Betriebsversammlung zur Tarifrunde eingesetzt und hatten dafür auch Unterschriften gesammelt. Die Geschäftsleitung und die IGM-Bonzen bekamen es mit der Angst zu tun: Marcel Gimbel (IGM-Sekretär) liess ein Hetzflugblatt verteilen, Achtzehnter und Brühl schickten die Kündigungen, der Betriebsrat stimmte zu, Alle Buderus-Kollegen sollten wieder einmal eingeschüchtert werden.

Weil die Geschäftsleitung es nicht wagte, den wirklichen Grund für die Entlassungen zu nennen, hat sie einen Vorwand vorgeschoben. (Angeblich soll der Kollege eine Viertelstunde bei der Jugendversammlung gewesen sein, ohne das in seine Arbeitskarte einzutragen – Red.). Kollege Börder ging vors Arbeitsgericht.

Am 15.März fand im überfüllten Saal des Arbeitsgerichts die erste Verhandlung statt.

Zu Anfang zerpflückte Kollege Börder den vorgeschobenen Kündigungsgrund."

Die Geschäftsleitung trat mit ihrem Rechtsexperten Breuninger aus Wetzlar und dem Anwalt des Arbeitgeberverbandes, Rühl, auf.
"Dieser hatte sich mit einem ganzen Stapel Fotokopien der Roten Hütte und mit Flugblättern der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe Lollar eingedeckt. **Und was was sein Hauptangriffspunkt gegen Hartmut Börder? Nicht etwa, dass er an der Jugendversammlung teilgenommen hatte, sondern dass er oppositioneller Gewerkschafter ist und an der Jugendversammlung teilgenommen hat, 'um die Forderungen der Gewerkschaftsopposition bekannt zu machen, obwohl die IG Metall doch ihre Forderungen schon aufgestellt hatte'.**
Darauf der Kollege: "Nicht die Forderungen der IGM waren schon aufgestellt, sondern die Forderungen der IGM-Führer. Die Forderungen, die ich als oppositioneller Gewerkschafter vertreten habe, waren die Forderungen der Millionen Gewerkschaftsmitglieder, die von verschiedenen Vertrauensleutekörpern in den grössten Metallbetrieben der BRD formuliert worden sind. Dass die Forderungen der Millionen Gewerkschaftsmitglieder und vieler Nichtorganisierter andere als die der Gewerkschaftsführung sind, das hat die breite Ablehnung des Schandabschlusses bewiesen, die in vielen Betrieben bei über 80% lag."

Dann befragte H. Börder die Zeugen von Buderus: ....
Brühl wurde hereingerufen. Die Richterin: "Herr Brühl, erzählen Sie doch mal, wann und von wem Sie erfahren haben, dass Herr Börder an der Jugendversammlung teilgenommen hat."
Brühl: "Wir, also die Geschäftsleitung und die freigestellten Betriebsräte, führten im Abstand von 4 Wochen regelmässig eine Besprechung durch. Am 27.November fand eine solche Besprechung statt. Bei dieser Gelegenheit teilte uns Herr Klinkel (freigestellter Betriebsrat – Red.) mit, dass Herr Börder eine Stunde an der Jugendversammlung teilgenommen hat." Börder: 'Erinnern Sie sich noch, dass am Tag dieser Besprechung vor Buderus eine Unterschriftensammlung stattfand, an der ich und Kollege Witwer, der am selben Tag wie ich seine Kündigung bekam, beteiligt waren?" A.: "Daran kann ich mich nicht erinnern." B.: "War das Thema dieser Besprechung, die am selben Tag stattfand, die Unterschriftenaktion?" A.: "Es kann sein, dass darüber gesprochen wurde."

Der Prozess musste vertagt werden. Weder die Kapitalisten noch die Justiz konnten ihn so schnell und heimlich über die Bühne ziehen, wie sie gern wollten. Die Flugblätter der Gewerkschaftsopposition, ihre Kundgebung hatten diesen Angriff auf die Arbeiter ans Licht gezerrt... Die Rote Hilfe Giessen... hat eine Dokumentation zu den Entlassungen herausgegeben und mittlerweile 1000 Stück davon verkauft. **Mit dieser Solidarität im Rücken hatte der Kollege Börder die Kraft, mutig gegen die Kapitalisten vor der Justiz aufzutreten** – auch ohne Anwalt.

Die IGM-Ortsverwaltung hatte ihm nämlich den Rechtsschutz entzogen, weil, wie Marcel Gimbel sagte, "keine Aussicht auf Erfolg bestehe". Wie hatte sich dieser Gewerkschafter über die Sachlage informiert? Beim Achtzehnter hatte er angerufen! Und beraten hatte er die Frage des Rechtsschutzes dann mit Klinkel, Riedel und Zimmermann, die aktiv die Entlassung unterstützt haben!

Kollegen, solche Leute nennen sich Gewerkschafter und Arbeitervertreter! Gekaufte Vertreter der Kapitalisten sind sie!

Dass die D'K'P genauso das Geschäft der Kapitalisten besorgt, hat sie auch in diesem Fall bewiesen: Erst haben sie gemeinsam mit den IGM-Bonzen und mit der Geschäftsleitung gegen die Entlassenen gehetzt; und einer ihrer Führer aus Giessen wurde sogar von der Geschäftsleitung in ihrem Schreiben an das Arbeitsgericht als ihr Zeuge gegen den Kollegen Börder benannt. Vor dem Gericht ist er aber dann doch nicht erschienen, damit hätte er sich zu offensichtlich auf die Seite der IGM-Bonzen und Buderus-Kapitalisten gestellt.

KEIN ZURÜCKWEICHEN VOR DEM KLASSENFEIND!

Kollegen, kommt möglichst zahlreich zur Fortsetzung der Verhandlung am 17.Mai um 15 Uhr beim Arbeitsgericht Giessen, Ostanlage! Zeigt der Justiz, dass wir mit unseren kämpferischen Kollegen zusammenhalten!"

Revisionistisches

Breschnew wirft seine Schatten voraus.

Im 'Neuen Deutschland', dem Zentralorgan der SED vom 19.4.73, heisst es:

"In letzter Zeit mehren sich in der BRD in auffallender Weise provokatorische Aktivitaten maoistischer Gruppen...
Wes Geistes Kind diese Leute sind, zeigt sich bald jeden Tag. Jetzt erst haben sie einen sogenannten Maiaufruf erlassen, in dem sie nicht etwa die Ausbeutung der Arbeiter durch das Grosskapital anklagen, sondern gegen einen 'sowjetischen Sozialimperialismus' geifern. Auch die Friedensinteressen der werktätigen Menschen lassen sie völlig ungerührt. Dafür hetzen diese Leute lautstark gegen angebliche Versuche der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder, "mit der europäischen Sicherheitskonferenz die Völker unter der Maske von Frieden und Sicherheit noch tiefer zu versklaven." Ja, sie rufen zu Demonstrationen gegen die Sowjetunion auf.
Da hört man geradezu den Beifall der Rüstungsgewinnler und aller kalter Krieger am Rhein und anderswo!"



Entschiedener Kampf von Honnecker und Stoph gegen die Rüstungsgewinnler von Rhein und Ruhr. (Honnecker und Stoph mit Vertretern der Mannesmann AG).

Diese Hetze gegen die 'Maoisten' durch die Honnecker-Stoph-Clique gerade jetzt ist kein Zufall. Man hört sozusagen die 'Stimme des Herrn' – Breshnews nämlich, der für Mitte Mai seinen Besuch in der BRD angekündigt hat. Die Verräter in der DDR wissen genau, dass auch die Bevölkerung in der DDR immer mehr gegen den Militärstiefel des neuen Zaren aufbegehrt. Deshalb diese unverschämten Angriffe auf die 'Maoisten' in der BRD, deshalb die unverhohlene Drohung an alle anti-sozialimperialistischen Kräfte in der DDR selbst.

Kein einziges Argument gegen die 'Maoisten' bringen diese Verräter auf die Beine. Dafür aber Lügen unverschämtester Art:

"Bezeichnendes Licht auf diese maoistische Gruppe wirft die jüngst veröffentlichte Mitteilung über 'intensive Gespräche' zwischen der maoistischen Gruppe 'KPD' und 'nationalrevolutionären Elementen', sprich: offene Nazis." Und:

"Diese Antikommunisten, diese Feinde der Sowjetunion und der DDR, haben in der Bundesrepublik freie Bahn. Die Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland aber, die Mitglieder und Anhänger der DKP, werden mit Berufsverboten verfolgt..."

Das in einer Situation, wo die Bourgeoisie die Marxisten-Leninisten mit Prozessen, Verhaftungen, Demonstrationsverboten und der Vorbereitung des Verbots ihrer Organisationen bedroht. Das in einer Situation, wo der D'K'P von der Bourgeoisie ihre Bedeutung als staatserhaltende Kraft bestätigt wird.

HONNECKERS PROPAGANDISTEN ZUTRÄGER DER FASCHISTEN!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Tigerkäfig-Überlebende berichten

"Ende Februar 1973 wurden 124 'prokommunistische' Gefangene aus den berüchtigten Tigerkäfigen in Con Sol in aller Heimlichkeit freigelassen.

Trotz aller Vorsichtsmassnahmen der Saigoner Faschisten gelang es dem Journalisten R.P. Parigaux, mit 14 von ihnen zu sprechen.

Der amerikanische Arzt Dr. Champlin, der einige von ihnen untersuchte, erklärte: "Ich konnte nur oberflächlich untersuchen. Die Beine der Gefangenen waren nicht nur verkrüppelt, sie waren gelähmt. Sie hatten allgemeine Muskel- und Nervenlähmungen. ...Ihre Lungen sind ruiniert. Viele haben TB. Sie glauben, dass ihre Lungen ruiniert worden sind, weil die Wärter sie zwangen, ungelöschten Kalk zu trinken."

Einer der Gefangenen ist 41. Er war Arbeiter. Er wurde 1967 zusammen mit seiner Frau und seinen zwei Kindern (4 und 1,5 Jahre) verhaftet, weil er einer buddhistischen Bewegung für die Einhaltung des Genfer Abkommens angehörte. Er ist



Freilassung der Gefangenen fordert das Pariser Abkommen. Diese Kinder werden immer noch in Kzs gequält.

grausam gefoltert worden. Er sagte: "Ich war schliesslich so weit, dass ich alles unterschrieb, was sie von mir haben wollten, eingeschlossen Dinge, die ich nie getan habe. Aber ich habe mich immer geweigert, den Namen Ho Tschi-Minhs zu beschmutzen."

Auch ein anderer Gefangener berichtet vom Widerstand der gequälten Gefangenen. "Als wir in Con Sol ankamen, wurden wir geprügelt. Dann sollten wir uns in einer Reihe aufstellen, um die Fahne zu grüssen. Von 500 weigerten sich über 80."

Die Gefangenen erzählen auch, dass trotz der Beteuerungen der Saigoner Faschisten, 'sie hätten keine politischen Gefangenen', allein in den Tigerkäfigen noch heute über 9000 eingepfercht sind und jeden Tag mit ihrem Tod rechnen. (Nach: South-Vietnam in Struggle, 26.3.73).

USA: DEMONSTRATIONEN GEGEN DEN HENKER THIEU

Hisnhua: In San Clemente, in Karlifornien, demonstrierten am 2. April rund 200 Menschen vor dem westlichen weissen Haus, als Thieu und Nixon dort ihre Besprechungen abhielten.

In der Nacht zum 3.4. protestierten rund 500 Menschen vor dem Hotel in Beverly, wo Thieu zu einem privaten Essen eingeladen war.

In der Nacht zum 4.4., gerade vor Thieus Ankunft in Washington, wurden Flugblätter gegen seinen Besuch verteilt.

Am 5.4. protestierten rund 200 vor dem Nationalen Pressegebäude in Washington, wo Thieu eine Pressekonferenz abhielt. Sie trugen Transparente, auf denen der Bruch des Waffenstillstandsabkommens durch Thieu verurteilt wurde und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert wurde.

Die Friedensheuchler von Waschington

Frieden in Indochina, das ging noch vor wenigen Wochen wie ein erleichterter Aufschrei um den Erdball. Frieden, Frieden so läutete es vom Kreml, so tönte es vom Pentagon, endlich tiefer Frieden, so frohlockten auch die Zentralen der Bachmann-D'K'P-Revisionisten. Was dieser ganze Friedenschor bewerkstelligen sollte, war, die antiimperialistisch gesinnte Bevölkerung über den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Imperialismus und dem revolutionären Befreiungskampf der Völker hinwegzutäuschen.

Heute bereits reist General Haig, der Kriegsstratege von Washington, nach Indochina, um die Lage für ein erneutes US-Eingreifen zu erkunden. Der Waffenstillstand in Laos ist bereits völlig gebrochen, der Terror der US-Luftwaffe hat Ausmasse wie zu den finstersten Zeiten der Bombardierung Vietnams angenommen. Saigoner Marionetten-Truppen fallen nach Kambodscha ein, wo bereits über 90% des Territoriums in der Hand der Befreiungsstreitkräfte liegt. Auch hier verrichten die US-Bomber tagtäglich ihre schmutzige Arbeit. Schon seit Wochen pumpt das Pentagon, entgegen der Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens für Vietnam, das südvietnamesische Thieu-Marionettenregime mit Kriegsmaterial voll. Tausende Male haben die Saigoner Marionettentruppen den Waffenstillstand durch Angriffe auf die von der Volksbefreiungsarmee regierten Gebiete verletzt. Die USA haben die Räumung der Minen vor Haiphong gestoppt.

Heute zeigt sich ganz klar, dass ein dauerhafter Frieden in Vietnam solange eine 'Ente' bleibt, als er nicht vom endgültigen Sieg des vietnamesischen Volkes abhängig gemacht wird. Der US-Imperialismus hatte nie vor, sich freiwillig aus Indochina zurückzuziehen. Was er gesucht hat, war eine Atempause, um sich von den Schlägen zu erholen, die ihm die Volksbefreiungsstreitkräfte beigebracht haben. Er musste die antiimperialistische Bewegung, die sich auf der ganzen Welt gegen seinen Krieg erhob, besänftigen.

Die US-Imperialisten wollen wieder Krieg. Er wird mit einer noch vernichtenderen Niederlage als der letzten enden. Das vietnamesische Volk, die Völker ganz Indochinas, haben die Waffen nicht einen Moment aus der Hand gegeben. Ein Volk in Waffen aber, ist unbesiegbar.

GRUSSBOTSCHAFT

der Vertretung der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam in Paris, die am Dienstagnachmittag dem Bonner Büro des Nationalen Vietnamkomitees telephonisch übermittelt wurde:

"Freunde und Genossen,

Wir sind begeistert von eurer Initiative, diese grossartige Protestaktion in Erwartung des Thieu-Besuchs in der BRD organisiert zu haben. Das zeugt von eurer kämpferischen Solidarität mit den indochinesischen Völkern.

Wir hoffen, dass sich diese Solidarität immer mehr festigen wird. In diesem Moment möchten wir an alle die Freunde, die seit Jahren unseren gerechten Kampf unterstützen, die herzlichsten Dankesworte richten.

Dr. Le Van Loc"

Solidaritätsadresse

der KPD/ML an die Genossen der vom Klassenfeind verfolgten Organisationen: 'KPD', KSV, KJV, der Liga gegen Imperialismus und dem Nationalen Vietnam-komitee.

Genossen, vor wenigen Tagen haben wir Seite an Seite gestanden und dem Faschisten Thieu eine gehörige Abfuhr erteilt. Nixon - Mörder, Thieu - Henker, Brandt - Komplize, das waren unsere Parolen.

Die Prügelgarde der Bonner Polizei und des Bundesgrenzschutzes wurde von der Bonner Brandt-Scheel-Regierung dazu aufgeboten, um den Kampf der Antiimperialisten niederzuknüppeln.

Heute wird diese hervorragende und berechtigte Aktion, die der Taktik der westdeutschen imperialistischen Komplizen des US-Völkermordes in Indochina in die Parade fuhr, dazu hergenommen, um den Terror gegen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte zu verstärken.

Verhaftungen, Gesinnungsterror Prozesse, wie der Prozess gegen den Vorsitzenden unserer Partei, den Genossen Ernst Aust, Hausdurchsuchungen wie gerade jetzt bei der Liga gegen den Imperialismus und dem Nationalen Vietnam-Komitee, Verbot von Demonstrationen, wie in Düsseldorf Terrorurteile, wie gegen den Genossen Baron in München, — all das zeigt, mit welchen Mitteln die Bourgeoisie gedenkt, die Kommunisten und alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte mundtod zu machen.

Jede kommunistische Agitation und Propaganda, alle Kommunisten und fortschrittlichen Organisationen sollen verboten werden.

So sehen die Pläne der Genscher und Konsorten aus.

Hiergegen gibt es nur ein Mittel: Der Gewalt der Konterrevolution muss die revolutionäre Gewalt der Massen entgegengesetzt werden. Jeder aufrechte und revolutionäre Mensch, steht heute deshalb vor der Aufgabe, in diesem Sinne zu kämpfen und den Massen in diesem Sinne den Weg zu weisen. Dazu müssen sich unsere Reihen immer enger zusammenschliessen.

In diesem Kampf muss unser unversöhnlicher Hass auch jenen Elemente gelten, die wie heute Bachmann und Reimann der D'K'P, oder die Ostberliner Führungsspitze in wüsten Beschimpfungen über den revolutionären antiimperialistischen Kampf herfallen. Innerhalb unseres Kampfes gegen den Imperialismus muss diesem Verräterpack das Genick gebrochen werden.

KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG!
FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHEN UND FORTSCHRITTLICHEN ORGANISATIONEN!

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

30000 DM für den Aufbau eines Kindergartens in der DRV!

Kiel (RM) Im Rahmen der zentralen Spendenaktion der Partei (30000 DM für einen Kindergarten in der DRV) wurde auch hier in Kiel am 7.4. überall in der Innenstadt, in den Stadtteilen und an den Hochschulen gesammelt.

Auch unser Agit-Prop-Trupp, gemeinsam mit einer befreundeten Folkloregruppe, wollte diese Aktion der KPD/ML unterstützen. Wir zogen den ganzen verkaufsoffenen Sonnabend durch die Innenstadt durch verschiedene Stadtteile und spielten auch am Bahnhof.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass durch unsere Lieder bei fast allen Passanten Aufmerksamkeit, Sympathie und Spendenbereitschaft für die Sammelaktion stieg. Allein in unsere behelfsmässig aufgestellte Sammeltüte (neben den ordentlichen Büchsen der Sammler) wurden über 400,-- DM gespendet.

Diese Aktion war für uns eine gute Lehre und Bestärkung, die Möglichkeiten revolutionärer Kultur für den Klassenkampf noch weiter auszunutzen.

STADTTEILZELLE KREUZBERG/WESTBERLIN

"Wir riefen an zwei Sonnabenden, am 7.4. und 14.4., zu Spenden auf. Wir sammelten vor den Kaufhäusern, U-Bahnstationen und auf unserer Arbeiterrunde.

Auf unsere Sammelbüchsen klebten wir blau-rote Papierstreifen mit gelbem Stern und der Aufschrift: 30 000 DM für einen vietnamesischen Kindergarten. Ausserdem stellten wir kleine Vietnam-Fähnchen her. Auf ihrer Rückseite stand: 'Hoch die internationale Solidarität – für ein einiges, unabhängiges, demokratisches Vietnam – 30 000 DM für den Aufbau eines Kindergartens in der DRV – KPD/ML'. Diese Fähnchen wurden für 10 Pf. das Stück (und natürlich mehr!) verkauft. Wir setzten etwa 150 ab.

Insgesamt haben wir in Kreuzberg 200 DM gesammelt.

Nach dem ersten Mai wollen wir auf dem Marheineke-Platz in Kreuzberg einen Bazar veranstalten, auf dem alte Kleidungsstücke usw. verkauft werden. Der Erlös wird ebenfalls für Vietnam gespendet."

"Lasst heisse Tage im Sommer sein"

Bericht eines Teilnehmers der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin 1951

Fortsetzung aus RM Nr. 15

Die Organisation in der DDR klappt vorzüglich. Die Grenzgänger werden eingesammelt. In einer Schule erhalten wir Verpflegung und neue Kleidung. Die Kluft der FDJ: Blaues Hemd, kurze blaue Hose. Dann fahren wir auf LKWs durch die Städte und Dörfer Mecklenburgs in Richtung Berlin. Die Sonne strahlt. Die Menschen lachen und winken:

Lasst heisse Tage im Sommer sein,
Im August, im August blühn die Rosen,
Die Jugend der Welt wird zu Gast bei uns sein
Und der Friede wird schön wie die Heimat sein,
Im August, im August blühn die Rosen.

Viele schlafen infolge der Anstrengung der letzten Tage und Nächte völlig übermüdet auf den durch die Landschaft rumpelnden Wagen ein.

Dann in Berlin. Plötzlich ist alles hellwach. Die Stadt empfängt uns mit strahlendem Gesicht. Ein Meer von Fahnen. Die roten der Arbeiterklasse, das schwarz-rot-gold des jungen Arbeiter- und Bauernstaates, die blauen der FDJ und all die vielen der Jugenddelegationen der verschiedenen Länder.

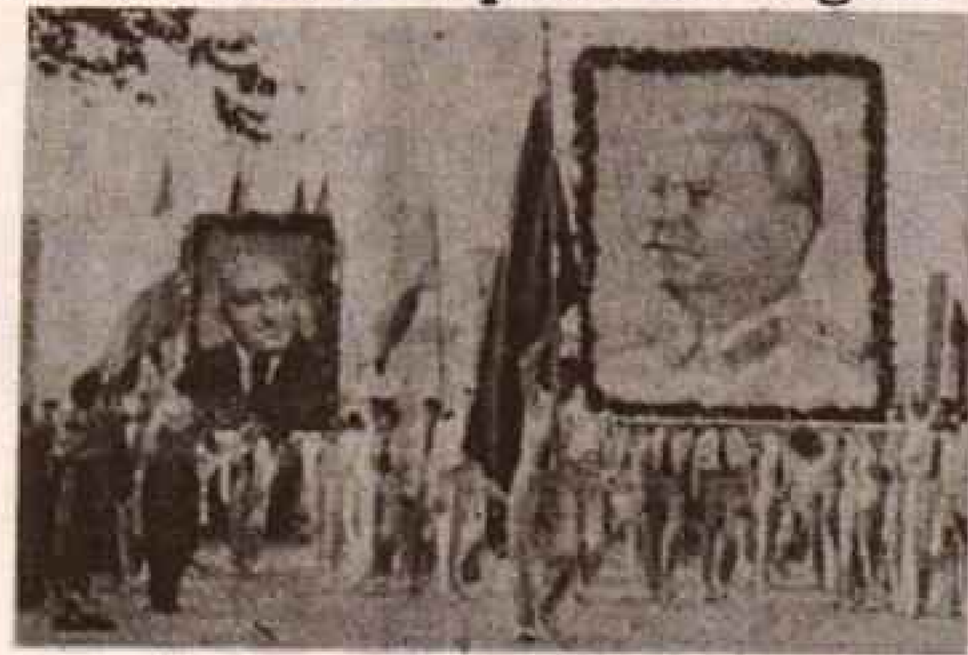
Wir westdeutschen Jugendlichen erhalten in Berlin-Köpenick Quartier. Richtung Müggelheim, links in einer Kleingartensiedlung werden ich und die anderen Genossen untergebracht. Ostberlin und die Ostberliner vollbringen eine gewaltige Leistung. Zwei Millionen Jugendliche aus der DDR, rund 35 000 aus der Bundesrepublik und 26 000 Gäste aus 104 Ländern sind unterzubringen und zu verpflegen. Aber die Menschen der DDR sind damals anders als heute. Es herrscht ein scharfer Klassenkampf. **Es ist erst wenige Jahre her, dass man die ehemaligen Fabrik- und Konzernherren, die Gutsbesitzer und Junker davongejagt hat, dass die Arbeiter die Fabriken und die Landarbeiter und Bauern die Güter übernahmen. Die alten Herren haben ihre Hoffnung auf Rückeroberung nicht aufgegeben. Sie schleusen Saboteure ein und werben Agenten, ehemalige Nazis, an. Die Arbeiterklasse wehrt sich durch verschärfte Wachsamkeit und Erhöhung der Produktion. Die ersten grossen Werke, Hüttenkombinate und Werften sind im Entstehen.**

Noch sind die Menschen voll Hoffnung, arbeiten sie enthusiastisch am Aufbau ihrer sozialistischen Heimat. Kein Neid auf die 'reichen' Nachbarn im Westen. Sie durchschauen den Charakter der Marshall-Plan-Hilfe, mit der die USA-Imperialisten und ihr Junior -Partner, die westdeutschen Imperialisten, sich eine Basis für einen Angriff auf die junge DDR und das sozialistische Lager schaffen wollen. Man braucht wieder Kanonenfutter. Sie wissen, dass Sozialismus nicht nur Essen und Trinken heisst, dass er vor allem Arbeitermacht heisst, die Möglichkeit der Arbeiter im Bündnis mit den anderen Werktätigen ihr Geschick selbst zu bestimmen und sich eine Zukunft frei von der ständigen Sorge um das Morgen, ohne Not, Ausbeutung und Kriege zu schaffen.

Am 5. August ist die offizielle Eröffnung der III. Weltfestspiele. Zigtausende strömen in das neu errichtete 'Walter-Ulbricht-Stadion'. (Inzwischen ist dieses Stadion umbenannt worden. Walter Ulbricht ist das Opfer seiner eigenen Politik der Abkehr vom Marxismus-Leninismus geworden. Ihn hat auch sein Kniefall vor den Kremlzaren nicht halten können. Neue und noch billigere Erfüllungsgehilfen der sowjetischen Sozialimperialisten haben heute das Ruder in der DDR ergriffen und entwickeln den Ulbrichtschen Revisionismus zu immer neuen Blüten!)

Im Stadion in Berlin, beginnt von tobendem Jubel begleitet, der Einzug der Delegationen. Oder wie es im Lied der Jugendfestspiele heisst:

Und es singt die Ukraine ihr blühendes Lied
Und Jungafrika lacht in der Sonne,
Das siegreiche China ins Stadion zieht



Deutsche Jugend voran mit dem Genossen Stalin!

Und die Warschauer-Maurer-Kolonne.
Klatscht beim Spanier-Tanz Kim aus Korea.
Grüsst die Kitty aus Mexiko ihn,
Reichen Hände sich Jimmy und Thea
Im August, im August in Berlin.

Die 14 Tage vergehen wie im Rausch. Niemand konnte sie hindern zu kommen, die Friedenkämpfer aus aller Welt. Brüderlich vereint die unterdrückte Jugend der kolonialen Gebiete mit der unterdrückten Jugend der unterdrückenden Staaten. Alle Sprachen der Welt auf allen Strassen Berlins. Lieder, Volkskunstdarbietungen auf allen Plätzen. Wir sehen die grossen Filme aus der Anfangszeit der DEFA-Produktion. Abends auf der Freilichtbühne im Luisen-Hain.'Rat der Götter', 'Rotation'. Das war noch eine kämpferische, sozialistische Kultur. Kämpferisch war auch die gewaltige Demonstration der 35000 westdeutschen Teilnehmer, der sich zahlreiche ausländische Delegationen, zierliche, kampferprobte Koreanerinnen und Koreaner, blonde Skandinavier, die schwarze Jugend Afrikas, chinesische, australische, amerikanische Jugendliche anschlossen. Kampflieder erklangen. 'Der rote Wedding', 'Auf, auf zum Kampf'. Schalmeienkapellen schmetterten.

In riesigen Bildern die Führer der Arbeiterklasse, des Weltproletariats, Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao-Tsetung ebenso Ernst Thälmann und andere. Fackeln erleuchteten die strahlenden, kampfbegeisterten Gesichter. Am liebsten wäre man gleich weiter marschiert, nach drüben, nach Westberlin. Aber das kommt auch noch.

An einem Tage demonstrieren Westberliner und Westdeutsche Jugendliche gemeinsam in Westberlin, der Frontstadt und liefern der angreifenden Polizei eine heisse Schlacht. Zahlreiche Verhaftungen erfolgen.

Noch einmal vereinen sich die Festspielteilnehmer am 19. August 1951 abends auf dem Marx-Engels-Platz zur Abschlusskundgebung. Die Jugend aus mehr als hundert Ländern erhebt die Hand zum Schwur: "Alle unsere Kräfte einzusetzen, um einen neuen Krieg zu verhindern; die Pläne der Feinde des Friedens und der Menschheit zu entlarven und zum scheitern zu bringen."

Und wir wissen, dass dies nur im Kampf, im revolutionären Klassenkampf möglich sein wird. Dass, wer den Krieg beseitigen will, die Ursachen des Krieges, den Kapitalismus, den Imperialismus beseitigen muss. Dass, wer will, dass es keine Waffen mehr gibt, die Waffen in die Hand nehmen muss.

Diesmal überschreiten wir geschlossen zu Tausenden die Grenze bei Helmstedt. Die Polizei hat alles abgesperrt. Sie hält uns auf grossen Wiesen fest. Sie will uns registrieren. Das gelingt ihr nicht. Schliesslich muss die Bundesbahn noch Sonderzüge für unsere Rückfahrt bereitstellen. Die verbotene FDJ fährt in ihren blauen Blusen zurück. Aus den Fenstern der Züge flattern die blauen Fahnen und klingt der Ruf: 'trotz Verbot nicht tot.'

Diese Losung gilt auch noch für die kommenden zwei, drei Jahre. Illegale Aktionen, Demonstrationen. Knapp ein Jahr später am 11.5.1952 erfolgt die Friedenskarawane von 40 000 westdeutschen Jugendlichen nach Essen, auf der der Genosse Philipp Müller erschossen wird. Später, nach dem Hamburger Parteitag 1954, wird auf Befehl von oben der revolutionäre Kampf der FDJ gebremst. Die zur Macht strebenden Revisionisten versuchen ihn in das Fahrwasser des Pazifismus, des 'Kampfes gegen die Bombe' und nicht gegen die Ursachen der Bombe, umzulenken. Die Zeit der pazifistischen Ostermärsche, des Bittens und Bettelns um Abrüstung bei den Imperialisten beginnt.

Heute ,22 Jahre später, singt die Ukraine nicht mehr ihr blühendes Lied, herrschen Ausbeutung und Unterdrückung durch eine Bourgeoisie neuen Typs auch in der Sowjetunion. Heute hat die Warschauer Maurer Kolonne, wie ihre Brüder auf den polnischen Werften 1970, den Kampf aufgenommen gegen das revisionistische Gomulka-Gireck-Regime. Das siegreiche China von damals setzt auch heute, als Bollwerk der Weltrevolution, entschlossen den Kampf für Frieden und Sozialismus fort.

Heute, 22 Jahre später, wollen die, die die Sache des Kampfes um den Frieden, um den Sozialismus so schändlich verraten haben, wieder 'ihre' Weltfestspiele in Ostberlin abhalten. Unter Teilnahme der Jusos ,der Jungen Union.

Diese Spiele sind nicht mehr unsere Spiele, das Treffen der revolutionären Jugend der Welt. Sie sind ein Betrug grossen Ausmasses. Es sind Spiele, hinter denen die neuen Zaren im Kreml ihre völkerfeindliche Fratze verstecken wollen. Ein Friedensrummel, mit dem sie ihre aggressiven Absichten tarnen wollen. Diese Weltfestspiele sollen dazu dienen, die Jugend des Westens vom revolutionären Kampf um Frieden und Sozialismus abzuhalten, und sie auf die Bahnen des sogenannten 'friedlichen Übergangs' zum Sozialismus zu leiten.

Wir aber wissen, dass nichts fällt, wenn man es nicht niederschlägt. Dass nur die gewaltsame sozialistische Revolution uns Frieden und Freiheit bringen kann. Und wir wissen, dass es unsere Aufgabe ist, uns und die Massen darauf vorzubereiten. Wir, ehemalige Teilnehmer der III.Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Ostberlin stehen heute in den Reihen der revolutionären Partei des westdeutschen und westberliner Proletariats, der KPD/ML und an der Seite ihrer revolutionären Jugendorganisation, der Roten Garde. Und während sie, die Revisionisten, im Sommer ihren pazifistischen Friedensrummel und Volksbetrug in Ostberlin abziehen, bleiben wir treu unserem Schwur von 1951. 'Lasst heisse Tage im Sommer sein!" Heisse Tage unterm Hintern der Bourgeoisie.



Jeder ist begeistert dabei

Nie wieder Faschismus !

Vor 33 Jahren, am Karfreitag 1945, wenige Tage vor der Kapitulation wurden in Dortmund 300 deutsche und ausländische Antifaschisten, mit Stacheldraht gefesselt in die Wälder der Bittermark verschleppt und dort von Nazi-Mordkommandos erschossen.

In nicht enden wollenden Reihen zogen die Dortmunder wenige Tage später an dieser Stätte des Grauens vorbei. **Sie schworen sich: Nie wieder Faschismus! Tod den Hitlerschergen und ihren Drahtziehern, den Kriegsverbrechern von Kohle, Stahl und Chemie!**

Ein alter Genosse berichtet, dass er für diesen Tag der Abrechnung Kisten mit Gewehren und Munition versteckt hatte. Aber er und seine Freunde, russische Kriegsgefangene von der Zeche Kaiserstuhl waren nicht schnell genug. – In den Untersuchungsgefängnissen der Alliierten wurden die Verbrecher, die Herren Krupp, vor der Wut der Bevölkerung geschützt.

Mit amerikanischen Dollars und Gewehren wurde dann die kapitalistische Ordnung wieder gefestigt. Die Schutzhaft der Alliierten wurde eingetauscht gegen die alten Plätze an den Spitzen der Betriebe, in Justiz und Verwaltung. Bald wurden auch wieder antimilitaristische Demonstrationen auseinandergeprügelt Antifaschisten und Kommunisten verfolgt und verhaftet.

Als Zeichen dafür, dass der Mord in der Bittermark, bis heute von der Bevölkerung nicht vergessen worden ist, findet seit Anfang der fünfziger Jahre eine jährliche Gedenkfeier in der Bittermark statt. Es waren zu Beginn Zehntausende die sich am Karfreitag dort versammelten. Sie hatten mit den falschen Tränen der Herrschenden nichts gemein. Als zum Beispiel in den sechziger Jahren der Revanchist Lemmer, damals sogenannter Gesamtdeutscher Minister dort die Festrede halten wollte, verliessen tausende den Platz.

Es ist die Pflicht unserer Kommunistischen Partei, der Nachfolgerin der Partei Ernst Thälmanns, die alten und die jungen im Geiste der Gefallenen in den Kampf zu führen.



Die KPD/ML gedenkt den in der Bittermark ermordeten Kämpfern

Die KPD/ML rief darum auf, am Karfreitag in die Bittermark zu kommen. In einem eigenen Block, einen Kranz mit roten Nelken und einer roten Schleife mit der Inschrift: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Kampf für den Arbeiterstaat bis zum Sieg! voran, daneben die Parteifahne zogen die Genossen zum Mahnmal an der Bittermark. Revolutionäre Lieder wurden gesungen. Beim Einmarsch auf den Platz grüssten die Genossen mit der Internationale die alten Kämpfer. Viele der Versammelten sangen mit. Der Kranz wurde niedergelegt. Und während der ganzen Feier wehte die rote Fahne der KPD/ML neben dem Mahnmal.

Anschliessend wurde eine kleine Feier veranstaltet. Zwei der antifaschistischen Kämpfer hielten eine Rede. Die Berichte junger Genossen und Freunde, die heute wegen ihres Kampfes für Frieden und Freiheit angeklagt sind, zeigten, dass die herrschende Klasse ihren Charakter nicht geändert hat. **Heute wie damals stehen sich Arbeiterklasse und Bourgeoisie als Todfeinde gegenüber. Aber die Arbeiterklasse ist auf dem Vormarsch. Diesmal muss der Sieg der sozialistischen deutschen Räterepublik gehören!**

Fortsetzung von Seite 1

Die Bourgeoisie will unser Verbot, wir kämpfen weiter, Deutschland wird rot!

und politischen Verfolgungsmassnahmen mit erster offen faschistischen Schritten versucht sie sich zu retten.

Das sind ihre Methoden:

Terror gegen die Arbeiterklasse: politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse usw.

Isolierung der Kommunisten und Revolutionäre von der Arbeiterklasse: Sie werden diffamiert als Politrocker, Terroristen, Zerstörer, Gewaltverbrecher, Chaoten. 'Kommunist' zieht heute nicht mehr als Verhetzung. Die werktätigen Massen erkennen, wer ihre Sache vertritt.

Die kommunistische Agitation und Propaganda soll verboten und unterdrückt werden. Demonstrationsverbote, Prozesse, wie jetzt gegen den Genossen Aust, als dem verantwortlichen Redakteur des ROTEN MORGEN belegen dies deutlich.

Das Verbot der Kommunistischen Partei und anderer revolutionären Organisationen steht auf der Tagesordnung. Fast jeden Tag sind Verbotsdrohungen in der bürgerlichen Presse zu lesen. In der FAZ kann man am 17.4.73 lesen: "Schliesslich wird in Bonn darauf verwiesen, dass jeder Landesinnenminister und auch der Bundesinnenminister (**wie es im Falle zweier arabischer Terrorgruppen getan hat) diese staatsfeindlichen Organisationen nach der bestehenden Rechtslage auf dem Verwaltungswege verbieten könnte.**"

Ein Sprecher des Innenministeriums in Mainz sagte: "Bei Bund und Ländern gibt es Überlegungen, ob man diese Organisationen nicht einfach zumachen sollte."

"Mit **Terror, Prozessen, Verhaftungen und brutalen Polizeieinsätzen soll die "Szene schnell nachhaltig verdünnt werden."** (so Dr. Herold, Chef des Bundeskriminalamtes). Polizeischerge Schreiber, München, fordert: "Künftig wird die Polizei mit besseren Waffen (Todesschuss, Scharfschützen, Panzerwesten und Sprengwaffen) und härteren Methoden vorgehen müssen. **Es geht nicht mehr so vorsichtig, dass möglichst kein Blut fliesst."** Auch den Gerichten empfahl der Münchner Polizeiboss, "härter durchzugreifen. Bei Strafzumessungen braucht man nicht mehr auf die Besserung dieser Leute zu hoffen." So 'friedfertig' zeigen sich die westdeutschen Imperialisten und ihr Staat. **Hier kann man nur 'Hohn'lachen, wenn die D'K'P wie die Heilsarmee von einem gewaltlosen Abtreten des Kapitalismus und einem friedlichen Hinüberschlummern ins 'gelobte Land' des Sozialismus redet. Der D'K'P geht es nicht um Sozialismus, ihre Märchenstunde dient einem ganz anderen Zweck, nämlich dazu, die Arbeiterklasse am Kampf für den Sozialismus zu hindern.**

Wo die D'K'P wirklich steht, das zeigt beispielhaft für tausende andere Fälle, folgendes Zitat aus der FAZ vom 19.4.:

"In Dortmund (bei der Demonstration gegen das Berufsverbot) solidarisierten sich "Demonstranten" mit der Polizei gegen Krawallmacher. **"Der Ordnungsdienst (der D'K'P, die Red.) hat uns dabei geholfen, diese Leute zu isolieren"**, lobt Polizeipressesprecher Schmidt." Und während D'K'P-Vertreter gemeinsam mit der Polizei gegen Kommunisten vorgehen, jammert das SED-Zentralorgan, dass "diese Feinde der Sowjetunion (die Kommunisten, die Red.) ... freie Bahn hätten, während Mitglieder der D'K'P mit Berufsverboten verfolgt würden."

Wer hier wirklich verfolgt wird, das sehen die Arbeitermassen, das sieht das gesamte deutsche Volk. Das sind die kämpfenden Kommunisten. Für sie gilt heute wie vor mehr als fünfzig Jahren das Wort Karl Liebknechts: "Trotz alledem." Hier wird nicht kapituliert, hier gibt es kein Zurückweichen. Umso energischer wird der Kampf weitergeführt. Die Verankerung in den Massen muss mehr denn je vorangetrieben werden. Die Erziehung der Massen zum revolutionären Ausweg, zur Zerschlagung des westdeutschen Imperialismus, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, wird zur immer unabdingbareren Aufgabe.

Terrorurteil im Münchner Antikriegstags-Prozess !

Vom 10.4. bis 17.4. fand in München der Prozeß gegen den Genossen Heinz Baron statt. Der Genosse hatte am 2.September an der Demonstration gegen den imperialistischen Krieg in München teilgenommen. Deshalb war er angeklagt wegen Landfriedensbruch und besonders schwerem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit vorsätzlicher Körperverletzung.

Dem Genossen konnte im Prozeß nichts anderes nachgewiesen werden, als daß er an der Demonstration teilgenommen hatte und den Bullen bei der Festnahme nicht freiwillig vorausgegangen war.

Dafür wurde der Genosse zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt! Das ist Klassenjustiz! Das ist Terror der Bourgeoisie!

Das Urteil stand für die Staatsverbrecher' Richter Ember und Staatsanwalt Weiss von Anfang an fest. Sie hatten gehofft, den Genossen in aller Heimlichkeit in den Kerker werfen zu können. **Das gelang ihnen nicht.**

Obwohl der Flügel des Gerichtsgebäudes, in dem der Prozess stattfand, von einem Riesenaufgebot von Bullen mit tiefhängenden Pistolen und Walkie-Talkies abgeriegelt war; obwohl ein Bullenaufgebot während der ganzen Dauer der Verhandlung einsatzbereit stand; obwohl jeder Besucher der Gerichtsverhandlung erst durchsucht wurde – **trotzdem war während der vier Verhandlungstage der Zuschauerraum fast ständig besetzt.**

Obwohl der Verteidiger ständig mit Ehrengerichtsverfahren bedroht wurde, nutzte er trotzdem alle rechtlichen Möglichkeiten, um die Zusammenarbeit zwischen dem Gericht, dem Staatsanwalt und den Polizeizeugen aufzudecken.

– Eine Schöffin musste zugeben: "Ich habe mir meine Meinung durch Zeitungslektüre und Gespräche mit den Leuten gebildet."

– Ein Polizeizeuge, der auf Fragen des Rechtsanwalts versehentlich die Wahrheit gesagt hatte, durfte von da an nur noch auf Zeichen vom Staatsanwalt antworten.

– Die zwei Hauptbelastungs-'Zeugen', zwei Polit-Bullen widersprachen sich in ihren Aussagen vollkommen.

Obwohl klar war, dass das Urteil hoch ausfallen würde, um den Genossen und andere Klassenkämpfer einzuschüchtern, wich Heinz Baron keinen Millimeter zurück. (Siehe nebenstehende Auszüge aus seinen Erklärungen vor Gericht).

So haben bei dem Prozess die Menschen im Zuschauerraum im Münchner Gericht, Menschen in ganz Westdeutschland erfahren können, auf wessen Seite die Wahrheit steht und auf wessen Seite die Lüge. Es ist, wie der Genosse selbst sagte:

"Mögen sie noch so viele von uns in ihre Kerker werfen: Sie werden damit nur Hass säen und die Saat wird aufgehen und sie vernichten. Je härter sie zuschlagen, desto schneller werden sie auf den Misthaufen der Geschichte geworfen. Die Haupttendenz auch in Westdeutschland ist Revolution!"

Im Verlauf des Kampfes gegen das Joch der Ausbeutung und Unterdrückung wird das Volk und werden wir immer mehr mit den Gesetzen der herrschenden Klasse in Konflikt kommen. Das kann uns nicht schrecken. Bert Brecht hat das so dargestellt:

"In Erwägung unsrer Schwäche
Machtet ihr Gesetze, die uns knechten solln.
Die Gesetze seien künftig nicht geachtet,
In Erwägung, dass wir nicht mehr Knecht sein wolln."

Für den Genossen Aust - Hoch die Faust

Am 29.Mai soll in Hamburg der erste grosse Prozess gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust eröffnet werden. Als verantwortlichem Redakteur des Zentralorgans unserer Partei werden ihm wegen mehrerer Artikel des ROTEN MORGEN, vor allem wegen des Extrablattes "Die Mörder sitzen in Bonn" eine ganze Serie von 'Verbrechen' vorgeworfen. U.A. 'Böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer verfassungsmässigen Ordnung', moralische Unterstützung von Sprengstoffdelikten usw. Für die einzelnen 'Verbrechen' sind nach den Gesetzen der Bourgeoisie z.T. bereits mehrjährige Gefängnisstrafen vorgesehen. Sie sollen in einer höheren Freiheitsstrafe als für die einzelnen 'Verbrechen' zusammengefasst werden. Ausserdem wird die Einziehung mehrerer Nummern des Roten Morgen beantragt.

Der Sinn dieses Prozesses gegen den Vorsitzenden unserer Partei ist klar: Mit einem Musterurteil soll kommunistische Agitation und Propaganda generell verboten werden.

Die Bourgeoisie weiss genau, welche Bedeutung Genosse Ernst Aust für unsere Partei und die westdeutsche Arbeiterbewegung hat. Deshalb wollen sie ihn für Jahre einkerkern. Mit diesem Prozess soll gleichzeitig das geplante Verbot unserer Partei und anderer revolutionärer Organisationen vorbereitet und juristisch abgesichert werden.

Diesen Angriff der imperialistischen Klassenjustiz werden wir nicht kampflos hinnehmen, keinen Millimeter unserer Legalität geben wir freiwillig preis.

Dieser Prozess muss zu einem Bumerang für die imperialistische Klassenjustiz gemacht werden. Die KPD/ML wird deshalb zu Protestaktionen aufrufen (Näheres in nächsten RM). Jeder Kommunist, jeder Revolutionär, jeder fortschrittliche Mensch muss sich in die Kampffront einreihen.

Hände weg von der KPD/ML!

Hände weg von Ernst Aust!

KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG!
HÄNDE WEG VON DER KPD/ML – HÄNDE WEG VON GENOSSEN ERNST AUST!

Angeklagt ist die Bourgeoisie !

ERKLÄRUNGEN DES GENOSSEN HEINZ VOR GERICHT

"Zunächst möchte ich bemerken, daß ich keine Auskunft darüber geben werde, ob ich einer Organisation angehöre. Meiner Überzeugung nach bin ich Kommunist und bezeichne deshalb die KPD/ML, die Kommunistische Partei in Westdeutschland, als unsere Partei. Aus demselben Grunde werde ich von den Demonstrationsteilnehmern als wir sprechen..."

Der Genosse erklärte dann, was in Wahrheit hinter den 'heiteren Spielen' steckte: Ausplünderung der Bevölkerung – dicke Profite für die Bosse und Bonzen. Deshalb – weil die Herren wussten, dass sich die Bevölkerung das nicht einfach gefallen lässt – wurden 25 000 Soldaten und 15 000 Mann Polizei aufgeboten, wurde ein Demonstrationsverbot erlassen.

Es ging bei der Olympiade nicht nur um den Profit an den teueren Bauten, ums Amüsement, 33 Jahre nach dem Überfall der Hitlerfaschisten auf Polen wollte der westdeutsche Imperialismus wieder seine Macht demonstrieren.

Wie sehr aber die Herren Bourgeois vor dem Widerstand des Volkes zittern, zeigt sich auch. Der Genosse sagte: "Welche Angst diese Herren davor haben, zeigt, daß die Staatsanwaltschaft Hamburg gegen den Vorsitzenden unserer Partei, den Genossen Ernst Aust, wegen Wehrkraftzersetzung ermittelt, weil er für ein Flugblatt verantwortlich gezeichnet hat mit dem Titel: "Im Ernstfall: Dreht die Gewehre um!"

Was beweist besser, daß das westdeutsche Monopolkapital einen Überfall auf andere Völker plant. In dem Flugblatt stand nämlich nichts anderes, als daß die Soldaten im Falle eines Kriegs der BRD gegen ein anderes Land die Gewehre gegen die eigenen Ausbeuter richten sollen!"

Darum war es unbedingt notwendig, am 2.September in München gegen den Friedensrummel um die Olympiade, gegen den imperialistischen Krieg zu demonstrieren.

"Der Notwendigkeit, zu demonstrieren, stand das Demonstrationsverbot entgegen, das uns zwingen sollte, abseits der Bevölkerung zu bleiben. Hier muß klar gesagt werden: Wir Kommunisten lassen uns nicht vorschreiben, wann und wo wir demonstrieren. Die Straße gehört uns.

Wenn es der Ordnungsbehörde darum gegangen wäre, Auseinandersetzungen zu vermeiden, hätte sie die Straße ja freigeben können!"

Stattdessen aber hat sie auf die Demonstranten eingeprügelt. Sie verhaftet.

Der Genosse entlarvte die zunehmende Faschisierung des Staates nicht nur anhand des Demonstrationsverbots und des Knüppeleinsatzes am 2. September, sondern auch anhand des Gerichtsverlaufs. Er sagte abschliessend:

"Was es bedeutet, wenn Rechte wie die Demonstrationsfreiheit, die sich das Volk erkämpft hat, eingeschränkt werden, haben wir in unserer jüngsten Vergangenheit zur Genüge kennengelernt. Damit dieser Staat nicht wieder zu einem faschistischen wird, ist es notwendig, um jedes demokratische Recht zu kämpfen.

Damit die Gefahr von Faschismus und Krieg endgültig beseitigt wird, ist es notwendig, nicht nur demokratische Rechte zu verteidigen, sondern den Kampf für die endgültige Beseitigung von Unterdrückung und Ausbeutung zu führen, den Kampf für die Diktatur des Proletariats."

Solidaritätsadresse

Wir, 6 Kieler Rotgardisten, sprechen dem Genossen Ernst Aust unsere volle Solidarität im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz aus! Wir alle müssen klar erkennen, dass dieser Prozess gegen die gesamte fortschrittliche und kommunistische Bewegung gerichtet ist und, dass an dem Vorsitzenden der KPD/ML ein Exempel statuiert werden soll! Das heisst für uns: volle Solidarität mit ihm, wie mit allen politisch verfolgten fortschrittlichen Menschen. Das heisst weiterhin aber auch, noch grössere Anstrengungen zu unternehmen, um diesen bankrotten und brüchigen kapitalistischen Staat zu zerstören. Genossen Aust rufen wir zu: Du stehst nicht allein da, hinter dir stehen deine Genossen, sowie alle fortschrittlichen Menschen. Anbei eine kleine Spende für diese oder ähnliche Gerichtsverfahren.

Rotfront!

Internationale Solidarität lässt sich nicht verbieten !

Vor sechs Jahren, am 21.4.1967, errichteten die Faschisten in Griechenland – mit Hilfe des CIA – ihr Terrorregime. Milliarden von Dollars sind inzwischen ins Land geflossen, aber das griechische Volk hat nichts davon. Allein in den letzten drei Monaten sind die Lebensmittelpreise um 20 bis 30% gestiegen.

Die US-Imperialisten interessiert an Griechenland allein seine strategische Lage am Mittelmeer. Sie interessiert allein der Militärstützpunkt Griechenland. Hier leisten auch die westdeutschen Imperialisten, trotz der 'antifaschistischen' Beteuerungen von Brandt und Heinemann ihre Unterstützung. Als Nato-Hilfe getarnt, wurden seit 1967 Schnellboote, Militärtransporter und U-Boote geliefert. Gleichzeitig werden die griechischen Faschisten unterstützt, indem die Bundesregierung die griechischen Arbeiter, die durch ihre Armut gezwungen, nach Westdeutschland zu kommen, wie Untermenschen behandelt. und grie chische Patrioten polizeilich verfolgen läßt.



Kommunistische Propaganda – trotz Verbot

In Griechenland selbst fanden am 21.4.72 die ersten Massendemonstrationen gegen das faschistische Regime statt. In den letzten Monaten haben die Kämpfe der Studenten dem Regime Angst eingejagt.

Aus Anlass des 6. Jahrestags der faschistischen Machtübernahme hat die KPD/ML zusammen mit der Organisation griechischer Marxisten-Leninisten in Düsseldorf zu einer Demonstration gegen den griechischen Faschismus aufgerufen. Der Düsseldorfer Polizeipräsident verbot diese Demonstration, offenbar auf höheren Befehl, weil die KPD/ML die gewaltsame Revolution anstrebe.

Aber der Freiheitskampf der Völker und die internationale Solidarität lassen sich nicht verbieten:

Die Demonstration fand trotzdem statt.

Trotz der Drohungen der Bourgeoisie waren rund 300 griechische und deutsche Antifaschisten und Kommunisten dem Aufruf gefolgt. Gegen sie waren rund 800 Polizisten aufmarschiert. Aber unbeirrt verteilten die Genossen ihre Flugblätter und riefen Sprechchöre gegen das faschistische Regime in Griechenland und seine Unterstützung durch die Brandt-Regierung.

Die Polizei drohte mit sofortiger Verhaftung der Teilnehmer, falls sich die Demonstration doch formiere. Dann rückt sie in Ketten an und räumte den Platz – von den Demonstranten und den Passanten, die sich inzwischen zahlreich versammelt hatten. Es waren jedoch an diesem Samstag vor Ostern viele Leute da, sodass sie den Platz wieder freigeben mussten.

Mutig begannen die Genossen sofort, wieder Parolen zu rufen. Da rückten die Bullen wieder vor. Vier von ihnen schlugen einen jungen Rotgardisten brutal zusammen. Sieben Genossen wurden verhaftet. Selbst ein harmloser Passant wurde in den Polizeigriff genommen.

Als sich die Polizei erneut zurückziehen musste, versammelten sich die Genossen wieder und führten jetzt ihre Demonstration durch. Die Haupteinkaufsstrasse wurde auf und ab gezogen – unsere revolutionären Parolen hallten durch die Strassen. Anschliessend wurde auch noch eine kurze Kundgebung abgehalten. Erst jetzt sah man die Bullen wieder aus der Ferne auftauchen. Aber sie erwischten keinen mehr.

Wir hatten unsere Demonstration durchgeführt, trotz Verbot, und kein Grieche war verhaftet worden.

Die Demonstration gegen den griechischen Faschismus in Düsseldo
wurde vom Düsseldorfer Polizeipräsidenten verboten. In einem Brief vo
20.4.73 heisst es unter

"**Begründung:**

Die zwischenzeitlich durchgeführten Ermittlungen haben ergeben, das ihre Gruppe der KPD/ML, der Gruppe der KPD 'Roter Morgen' angehört, d nach den Veröffentlichungen in ihrem Zentralorgan 'Roter Morgen' die A sicht vertritt, dass sich die Arbeiterklasse von der kapitalistischen Au beutung und Unterdrückung nicht befreien kann, ohne die militärische u bürokratische Staatsmaschine der Bourgeoisie durch die gewaltsame Rev lution restlos zu zerschmettern...

Diese Auffassung wird auch von der Jugendorganisation der KPD/M 'Rote Garde' und dem Kommunistischen Studentenbund/Marxisten-Leniniste vertreten.

Aus einem von den Gruppen KPD/ML, Rote Garde, KSB/ML in diese Tagen verteilten Flugblatt, in dem zu einer Demonstration am 21.4.1973 i Düsseldorf aufgerufen wird, ist zu entnehmen, dass der Kampf aufgenomme werden muss, gegen das deutsche Grosskapital mit seiner jetzigen SPD/FD Regierung. Weiter heisst es in diesem Flugblatt,gerichtet an deutsche u ausländische Arbeitnehmer: "Und gegen die reaktionäre Gewalt kann es n eine Antwort geben: die revolutionäre Gewalt!"

Aus alledem ergibt sich also, dass Sie mit Gewalt versuchen wollen, d freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschlan zu beseitigen. Es wird daher von der begründeten Voraussetzung ausgegan gen, dass eine unmittelbare Gefährdung für die öffentliche Sicherheit u Ordnung gegeben ist.

Die Veranstaltung muss daher in Abänderung meiner Verfügung vo 15.4.1973...verboten werden..."



Die Bullen rücken an, aber die Bevölkerung schützt uns!

Alexanderexpress zum Schutz der Junta

Seit Mitte der sechziger Jahre führt die Nato mindestens einmal im Jahr ein großes Manöver in der Türkei oder in Griechenland durch. Auf einen Schlag werden jeweils tausende von Soldaten samt Geräten und Fahrzeugen per Luftbrücke dorthin eingeflogen.

Dazu werden in den Armeen der einzelnen Nato-Staaten Spezialeinheiten gebildet, sogenannte AMF-Kompanien, die direkt dem Nato-Kommando unterstellt sind.

Dieses Jahr soll voraussichtlich vom 16.6. bis 5.7. ein 5000 Mann-Manöver mit Einheiten aus mehreren Nato-Staaten in der Umgebung von Saloniki stattfinden.

Dieses Manöver ist eine Provokation des griechischen Volkes und der anderen Mittelmeervölker. Die Brutalität und die Volksfeindlichkeit der Nato-Truppen spüren die Bauern heute schon. **Wie uns Soldaten der AMF-Einheiten erzählten, kam es bei früheren Manövern oft vor, dass die Kühe der Bauern von den Übungsbomben der Nato erschlagen wurden. Die Bauern wehrten sich und schossen mit Gewehren auf die tieffliegenden Flugzeuge.**

Kämpfen wir Seite an Seite mit den griechischen Werktätigen gegen die aggressiven Nato-Truppen! Unterstützen wir den Kampf des griechischen und türkischen Volkes!

Auch in der westdeutschen Bevölkerung wächst der Kampf gegen die Nato.

Heraus zum 1. Mai!

NORDRHEINWESTFALEN

Demonstration: Dortmund

Aufstellung: 10 Uhr am Nordmarkt.

Auf der Schlusskundgebung spricht Ernst Aust, 1. Vorsitzender der KPD/ML.

WASSERKANTE

Demonstration: Hamburg

Aufstellung: 10.30 Uhr am Spritzenplatz (Altona)

Demonstration: Kiel

Aufstellung: 10 Uhr Vinetaplatz

WESTBERLIN

Demonstration: Berlin-Wedding

Aufstellung: 10 Uhr Turmstrasse (Moabit)

Schlusskundgebung: Zeppelinplatz (Wedding)

Veranstaltung: 29.4. um 19 Uhr 'Neue Welt'

SÜDWEST

Demonstration: Mannheim

Aufstellung: 11 Uhr am Marktplatz

Schlusskundgebung: Neumarkt (Neckarstadt), 13.30 Uhr

Demonstration: Frankfurt

Aufstellung:

BAYERN

Demonstration: München

Aufstellung: 13 Uhr Königsplatz

Schlusskundgebung: 14 Uhr [illegible]

Demonstration: Nürnberg

Aufstellung: 10 Uhr [illegible] Platz

Demonstration:

WÜRZBURG: 14 Uhr ab Benz-/Ecke Weissenburgstr.

NIEDERSACHSEN

Demonstration: Hannover

Aufstellung: 11.30 Uhr Königsworter Platz

Schlusskundgebung: 13 Uhr Lindener Platz

MAI-VERANSTALTUNGEN

REUTLINGEN: Maiveranstaltung am 28.4.

HAMBURG: Veranstaltung zum 1.Mai Oelkers Allee, Zum Alten Sängerheim, 30.4., 19 Uhr
Tanz in den Mai
Zum Alten Sängerheim, 1.5., 19 Uhr

BREMEN: Veranstaltung zum 1. Mai Waller-Heer-Str., 28.4., 19 Uhr.

DUISBURG: Agit-Prop-Demonstration am 27.4., 15.30 Uhr, Hamborner Altmarkt; anschliessend ur 18.30 Uhr Maiveranstaltung mit dem Film: Die Rote Revue.

GELSENKIRCHEN: Maiveranstaltung am 28.4., 20 Uhr, in der Gaststätte Dregger, Vohwinkelstr.46

ESSEN: Maiveranstaltung am 28.4. um 19.30 Uhr

BOCHUM: Demonstration am 30.4., 17 Uhr, Husemannplatz, Anschliessend Veranstaltung um 19.30 Uhr in der Gaststätte Kortländer, Dorstener-/Hemerstr. mit dem Film: Die Rote Revue.

DORTMUND: Maiveranstaltung in der Gaststätte Haus Schlüter, Gronaustr., 26.4., 20 Uhr.

DORTMUND: Maiveranstaltung in der Gaststätte Jakobsschänke, 30.4. 20 Uhr.

DORTMUND: Veranstaltung nach der 1.Mai-Demonstration mit dem Film Reform oder Revolution.

BONN: Maiveranstaltung am 26.4. mit dem Film: Reform oder Revolution.

KIEL:

Veranstaltung zum 1. Mai
Gaststätte Eichhof, 28.4., 19 Uhr
1. Mai-Schoppen
Gaadener Bierhalle, 1.5., 12.30 Uhr

BOBLINGEN:
Maiveranstaltung am 29.4.

WÜRZBURG: Maiveranstaltung a 27.4. um 19 Uhr in der Gaststä Frankfurter Hof, mit Lichtbildervortrag.

STUTTGART:

Maiveranstaltung in der Gaststä Adler, Stgt.-Gablenberg, 30.4., 19.3

KEMPTEN: Maiveranstaltung in d Gaststätte Rosenau, Füssenerstr.1 27.4.

Hört die revolutionären Sender !

RADIO TIRANA 23.00 - 23.3o 41 und 5o Meter 215 Meter

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o
21.oo - 22.oo
immer: 43.7, 42.8 und 26.2 Meter

Kontaktadresse: